

(Beginn: 10.03 Uhr)

Begrüßung

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie alle zur heutigen Tagung der Landschaftsversammlung in Köln-Deutz willkommen.

Sehr herzlich begrüße ich vom Landschaftsverband Westfalen-Lippe

- die 1. stellvertretende Vorsitzende der Landschaftsversammlung, Frau Marlene Lubek.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Landesrätin Milena Karabaic und die erste stellvertretende Vorsitzende Marlene Lubek unterhalten sich)

– Ich habe das Familientreffen durch Frau Karabaic unterbrochen.

(Heiterkeit)

Herzlich begrüße ich die Damen und Herren der Medien.

Gepa Maibaum †

Meine Damen und Herren, ich muss Sie leider bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben;

(Die Anwesenden erheben sich)

denn ich habe die traurige Verpflichtung, Ihnen mitzuteilen, dass

- Frau Gepa Maibaum, ehemaliges Mitglied der Landschaftsversammlung Rheinland, verstorben ist.

Frau Gepa Maibaum war von 1979 bis 1984 unter anderem im Kulturausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss unsere Kollegin. Sie hat sich stets durch große Sachkenntnis und außerordentlich sympathisches Eintreten für die Menschen im Rheinland bleibende Verdienste erworben.

Wir werden ihr ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich von Ihren Plätzen erhoben haben.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein)

G e b u r t s t a g

Sehr herzlich möchte ich dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herrn Paul Heidrich, zu seinem heutigen Geburtstag gratulieren.

(Allgemeiner lebhafter Beifall – Zuruf von der SPD: Freibier!)

Ordnungsgemäße Einberufung

Meine Damen und Herren, zu dieser 11. Tagung der 12. Landschaftsversammlung Rheinland wurde frist- und ordnungsgemäß mit Schreiben vom 15.03.2007 eingeladen.

Die Tagung wurde im Ministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen Nr. 9 vom 23.03.2007 öffentlich bekanntgemacht.

Entschuldigungen

Die entschuldigten Personen von Verwaltung und Politik sind uns bekannt; die Namen werden dem Protokoll beigelegt.

B e i s i t z e r

Als Beisitzerin und Beisitzer darf ich heute

– Frau Bettina Margret Herlitzius und

– Herrn Burkhard Hintzsche

bitten, hier oben Platz zu nehmen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ich werde nur noch Bettina Margret sagen!)

Ja, ihr seid und bleibt die Jüngsten. Kommt!

Tagesordnungspunkt 1, meine Damen und Herren, ist die

Anerkennung der Tagesordnung

Sind Sie mit der Ihnen vorliegenden Tagesordnung einverstanden? – Wenn ich keine Wortmeldungen sehe, dann ist sie so **akzeptiert**.

Tagesordnungspunkt 2

Verpflichtung neuer Mitglieder

kann entfallen, weil neue Verpflichtungen heute nicht anstehen.

Tagesordnungspunkt 3:

Umbesetzung in den Ausschüssen

- Antrag Nr. 12/167 der CDU-Fraktion –
- Antrag Nr. 12/210 der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN –

Sie haben dazu auch eine Tischvorlage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN erhalten. Die Anträge wurden entweder in den Fraktionssitzungen ausgeteilt oder liegen auf Ihren Tischen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer den Anträgen Nr. 12/167 und Nr. 12/210 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig so beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 4 ist die

**Änderung der Hauptsatzung des
Landschaftsverbandes Rheinland**

- Vorlage Nr. 12/1902 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 23.03.2007 die Vorlage beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage zu beschließen.

Gibt es hierzu den Wunsch nach Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 12/1902 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. **Einstimmig so beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5 mit all seinen Unterpunkten ist die Beratung der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2007 mit Haushaltsplan und Anlagen

Ich darf Ihnen kurz einen Vorschlag zum Verfahren unterbreiten.

Erstens. Wir sollten und müssen auch über die Vorlage Nr. 12/2217 abstimmen. Hierbei geht es

um die Forderung gegen Mitgliedskörperschaften, insbesondere die Pflegekosten umfassend. Das ist Tagesordnungspunkt 5.1.

Zweitens. Bevor wir zu den Reden kommen, steht unter Punkt 5.2 die Abstimmung über die Vorlage Nr. 12/2214/2 an, die die Einwendungen einiger Kreise gegen die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2007 enthält.

Drittens. Zum Unterpunkt 5.3 werde ich die Reden zum Haushalt aufrufen, wie immer nach Fraktionsstärke, und danach unter Punkt 5.4 die Abstimmung über den Antrag Nr. 12/180 der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, FDP zum Umlagesatz der Haushaltssatzung gesondert aufrufen, um

viertens in einem weiteren Abstimmungsverfahren über den Gesamthaushalt gemäß Vorlage Nr. 12/2220/1 auf der Grundlage des Ergebnisses der Beschlüsse des Landschaftsausschusses vom 23.03.2007 abstimmen zu lassen, wie es das Gesetz vorschreibt.

Anschließend soll die Abstimmung über die Wirtschaftsplanentwürfe – TOP 5.5 – vorgenommen werden. Das wäre die sechste Abstimmung über die einzelnen Wirtschaftsplanentwürfe gemäß der Ihnen vorliegenden Tagesordnung 5.5.1 bis 5.5.6.

Sind Sie mit dieser Verfahrensweise einverstanden? – Ich sehe keinen Widerspruch; das ist der Fall.

Damit kommen wir zunächst zum **Tagesordnungspunkt 5.1:**

**Forderung gegen Mitgliedskörperschaften
hier: Pflegekosten**

- Vorlage Nr. 12/2217 –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 23. März 2007 die Vorlage beraten und Ihnen einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage 12/2217 zu beschließen.

Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer der Vorlage Nr. 12/2217 seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Danke schön. Gibt es Gegenstimmen?

men? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit haben wir **einstimmig** so **beschlossen**

Tagesordnungspunkt 5.2

Einwendungen einiger Kreise gegen die Haushaltssatzung des Landschaftsverbandes Rheinland für das Haushaltsjahr 2007

– Vorlage Nr. 12/2214/2 –

Die Vorlage lag in den heutigen Fraktionssitzungen aus bzw. für die beiden Kollegen der PDS heute auf den Tischen.

Der Rhein-Sieg-Kreis hat seine Einwendungen zurückgezogen. Die übrigen vier Kreise halten ihre Einwendungen aufrecht. Das ist der Sachstand bis heute Vormittag.

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss hat die Einwendungen in seiner Sitzung am 15.03.2007 und der Landschaftsausschuss in seiner Sitzung am 23.03.2007 beraten und einstimmig empfohlen, gemäß der Vorlage Nr. 12/2214/2 heute die Landschaftsversammlung zu bitten, entsprechend zu beschließen.

Gibt es hierzu heute den Wunsch nach Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir zur Abstimmung kommen. Wer der Vorlage Nr. 12/2214/2 zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei zwei Enthaltungen (CDU) ist im Übrigen **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5.3:

**NKF-Haushalt 2007:
Haushaltssatzung/Umlagesatz**

– Antrag Nr. 12/180 von SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP –

Bevor ich über den Antrag der Fraktionen abstimmen lasse, rufe ich die einzelnen Fraktionen mit ihren Redebeiträgen auf.

Ich darf deshalb zunächst Herrn Heidrich von der CDU-Fraktion das Wort erteilen. Bitte schön.

Heidrich (CDU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Exakt vor zwei-einhalb Jahren, von heute aus zurückgerechnet, hat diese Wahlperiode begonnen. Somit sind wir am heutigen Tage genau in der Mitte der jetzigen Wahlperiode gelandet.

Grund genug, sich zum einen heute schwerpunktmäßig darauf zu konzentrieren, den Haushalt 2007 zu beraten, aber darüber hinaus auch kurz Rückschau zu halten auf das, was die so genannte Gestaltungsmehrheit für und im Sinne des Landschaftsverbandes geleistet hat.

Zunächst – und das stellen wir mit großem Bedauern fest – muss aufgezeigt werden, dass seit der Bildung Ihrer Mehrheit bis zum heutigen Tage ein bewusstes Ausgrenzen der CDU-Fraktion,

(Frau Asch, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Ach!)

immerhin der stärksten Fraktion hier in der Landschaftsversammlung, stattfindet.

(Zustimmung bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Sie grenzen sich selber aus, Herr Heidrich!)

Da dies anscheinend in Ihrer Ampel-Koalition Grundlage allen Handelns ist, lässt sich relativ schnell feststellen, dass keinerlei Diskussionsbereitschaft im Vorfeld von Entscheidungen stattfinden kann bzw. nicht stattfinden darf.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN: Das ist ja nicht wahr!)

Dies wiederum hat dann auch zur Konsequenz, dass wir immer wieder feststellen müssen, dass nach wie vor zeitraubende Abstimmungen zwischen den Koalitionsparteien notwendig sind und anscheinend einmal gefundene Verständigungen in der Ampel dann in den Sitzungen nicht aufgegeben werden, selbst wenn der eine oder andere Ampel-Partner dies, wie wir oftmals festgestellt haben und uns mitgeteilt wurde, eigentlich gerne möchte.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Märchenstunde! Aber wirklich Märchenstunde!)

Durch die oftmals unentschiedene Haltung Ihrer Fraktionen und die damit einhergehenden zeitraubenden Abstimmungsprobleme werden Lösungen Ihrerseits immer öfter verschoben oder

nur kurzfristig präsentiert. Oftmals ist es so, dass die CDU-Fraktion in bestimmten inhaltlichen oder sachlichen Fragen anderer Auffassung ist und dies sicherlich diskussionswürdig wäre. Nur Sie, die Ampel, geht mit den demokratischen Gepflogenheiten einer Debatte völlig anders um.

Sie sind – sowie wir auch nur im Ansatz eine andere Auffassung haben – sofort gekränkt oder gar beleidigt und drohen unmittelbar mit weitreichenden Konsequenzen.

(Lachen bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die drücken sich zum Beispiel in Äußerungen führender Mitglieder der Ampel dahin gehend aus, dass zum Beispiel aufgezeigt wird, dass man in dieser Zeit, in der man die Mehrheit hat, noch bestimmte Mitarbeiterinnen bzw. Mitarbeiter – ich zitiere wörtlich – „entsorgen müsste“.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: So ein Quatsch!)

Das ist eine, wie wir finden, verbale Entgleisung, die wir so nicht und niemals akzeptieren können.

(Zustimmung bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wir auch nicht!)

Apropos Personalpolitik: Nehmen wir zunächst einmal Ihr Verhalten bezüglich der Besetzung von Wahlbeamten. Auch hier zeigte sich deutlich, dass freiwerdende Positionen schon untereinander weit, weit vorher namentlich verteilt wurden, ohne dass auch nur im Ansatz die CDU-Fraktion – ich betone nochmals: die stärkste Fraktion hier im Hause – hierzu mit eingebunden wurde, obwohl wir auf Sie zugegangen sind und darum gebeten haben, auch in dieser Frage mit uns das Gespräch zu suchen.

(Detjen, PDS: Die arme CDU!)

Jetzt könnten Sie wohlfeil formulieren, dass es eben mit Ihrer Mehrheit besetzt wird. Dann mag das Ihrerseits rechnerisch und summarisch aufgehen, aber ich darf Sie in dem Zusammenhang daran erinnern, wie man demokratisch mit bestimmten Spielregeln umgeht.

Ich darf Sie daran erinnern, dass wir uns zum Beispiel in der Zeit der absoluten Mehrheit der CDU-Fraktion daran gehalten haben, dass die Spitzenfunktionen in der Verwaltung gerecht und

dem Wahlergebnis dann entsprechend behandelt wurden und somit zugleich auch dem Wählerwillen Rechnung getragen wurde.

Ich glaube, dass der jetzige Erste Landesrat und Kämmerer uns insoweit sicherlich Recht geben wird.

(Detjen, PDS: Reine Gruppendynamik!)

Viele andere personalpolitische Entscheidungen Ihrer Mehrheit könnte ich nun aufzeigen und damit auch darstellen, dass dies nicht wirklich etwas mit unserem Leitspruch „Qualität für Menschen“ zu tun hat, sondern vielmehr anscheinend mit Versorgungspolitik im Zusammenhang steht;

(Frau Wiesemann, SPD: Thema!)

denn nicht anders ist es zu erklären, dass Sie zum Beispiel, wie Sie es ja noch vor geraumer Zeit getan haben, ein Traineeprogramm aufgelegt haben, welches mit Berufsbildern unterfüttert ist, zu denen die Verwaltung klar und deutlich in der Vorlage davon spricht, dass wir hier beim Landschaftsverband für diese Berufsbilder eigentlich nach Ablauf des Traineeprogramms keinen Bedarf haben.

Dies führt zur Verschleuderung von Mitteln unserer Mitgliedskörperschaften, die bei ähnlichem Verhalten vom Innenminister und Regierungspräsidenten gerügt wurden. Es kann nicht angehen, dass Mitgliedskörperschaften in der Haushaltssicherung derartige Traineeprogramme nicht durchführen dürfen und wir als kommunaler Umlegeverband derartige Finanzmittel der Kommunen verschleudern.

(Zustimmung bei der CDU)

Haben Sie, meine Damen und Herren von der Ampel, immer noch nicht verstanden bzw. immer noch nicht den Blick dafür, dass der größte Teil unserer Mitgliedskörperschaften sich in Nothaushalten, in nicht genehmigten Haushaltssicherungskonzepten befindet und wir Geld für politische personelle Maßnahmen ausgeben, für die es hier im Hause keinen Bedarf gibt? Alle Achtung!

Wenn ich diese Art der Personalpolitik hier durch Ihr Handeln betrachte, dann kann man sich fast ausrechnen, was das eigentliche Motiv Ihres Zusammengehens war und ist, nämlich gerade oder insbesondere im Bereich der Personalpolitik

eine Politik nach Gutsherrenart stattfinden zu lassen.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Ach!)

Hierbei möchte ich es zunächst einmal belassen; es gäbe noch zahlreiche weitere Beispiele.

(Frau Beck, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Kommen wir nun zum Haushalt!)

Kommen wir zum Haushalt 2007.

(Ah!-Rufe und Beifall bei SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

– Ich würde noch nicht klatschen. Das wird nicht besser, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir beraten erstmals einen NKF-Haushalt, und ich denke, ich verrate kein Geheimnis, wenn ich sage, dass dies noch ein Gewöhnungsprozess sowohl für Politik als auch für Verwaltung ist.

Nichtsdestotrotz möchte ich hier schon an dieser Stelle meinen Dank an die Verwaltung aussprechen, die zwei Jahre früher, als gesetzlich vorgesehen, diesen NKF-Haushalt jetzt schon komplett aufgestellt hat.

(Beifall bei der CDU)

Insbesondere deshalb meinen Dank, weil nicht nur das Rechnungswesen, sondern gleichzeitig auch die innerbetriebliche Leistungsrechnung eingeführt ist, die uns zukünftig eine bessere Steuerungsmöglichkeit gibt.

Es ist ebenso kein Geheimnis, dass das neue kommunale Finanzmanagement offene Fragen aufkommen lässt, die leider von der Fachaufsicht – zuständig ist das Innenministerium – trotz Anfrage durch den Landesdirektor nicht geklärt sind und aus unserer Sicht unbedingt einer gesetzlichen Lösung zugeführt werden müssen.

Wir bedauern deshalb, dass unser Landesdirektor Udo Molsberger bis heute auf sein Schreiben an das Innenministerium keine Antwort erhalten hat.

(Detjen, PDS: Hört, hört!)

Wir haben Verständnis für die Initiative des Landesdirektors, wegen der fehlenden Antwort des Innenministers nunmehr auf die Forderung von 214 Millionen Euro zu verzichten, die durch die Änderung der Jahresabgrenzung entstanden war und die in den nächsten zehn Jahren von den Mitgliedskörperschaften zurückgefordert werden sollten.

Dieser Forderungsverzicht hat zur Folge, dass die Eigenkapitalstärke des Landschaftsverbandes abnimmt und damit eine geringere Ausgleichsrücklage entsteht, die Liquidität geringer wird. Wenngleich uns unklar ist, ob uns die Mitgliedskörperschaften dies danken, wird die CDU-Fraktion dennoch dieser Verzichtserklärung zustimmen, üben wir doch in diesem Zusammenhang Solidarität mit den Mitgliedskörperschaften und ziehen damit einen Schlussstrich unter das alte System der Kameralistik.

Dieser Forderungsverzicht ist für die Bilanz ein Einmaleffekt. Eine Aufrechterhaltung der Forderung würde zu einem nicht überschaubaren Prozessrisiko und gegebenenfalls dem Einfrieren der Umlage auf dem Stand des Jahres 2005 führen. Auch daran kann uns nicht gelegen sein.

Der zweite nicht geklärte Punkt in dem Anschreiben des Landesdirektors an den Innenminister war die fehlende Rechtsgrundlage einer außerordentlichen Schuldentilgung. Wenngleich der Innenminister uns aufgefordert hatte, eine außerordentliche Schuldentilgung vorzunehmen, stimmen wir dem Verzicht der außerordentlichen Tilgung zu, um auch hier den Einwendungen der Mitgliedskörperschaften entgegenzukommen, auch wenn wir den Wegfall der außerordentlichen Tilgung bedauern, da ein Schuldenabbau, insbesondere in der jetzigen Finanzsituation, sinnvoll gewesen wäre.

Somit bleibt von den drei Einwendungen der Mitgliedskörperschaften lediglich die des Gewinnausweises zum Bezahlen der ordentlichen Tilgungen. Hier sind wir jedoch der Auffassung, dass dies rechtens und notwendig ist.

Sie, meine Damen und Herren der Ampel, verlassen als Mehrheit bei dieser Haushaltsverabschiedung den Weg der Haushaltskonsolidierung, der in den letzten Jahren auch unter der absoluten Mehrheit der CDU begangen wurde – und dies trotz der Hinweise durch die Gemeindeprüfungsanstalt.

Während die CDU bis 2004 Haushaltsbegleitbeschlüsse zur Sanierung des Haushaltes, teilweise mit Ihrer Unterstützung, verabschiedete, legen Sie über 30 Anträge mit Mehrbelastungen auf den Tisch, ohne einen Deckungsvorschlag oder Kürzungen an anderer Stelle vorzuschlagen. Wenn wir auch inhaltlich dem einen oder anderen Antrag von Ihnen hätten zustimmen können, haben wir uns entschlossen, allen Ihren Anträgen mangels entsprechender Deckungsvorschläge nicht zuzustimmen.

Durch Ihren fehlenden Deckungsvorschlag, der zu einer Deckungslücke von ca. fünf Millionen Euro führt, überlassen Sie es der Verwaltung, diese Mehrausgaben durch Kürzungen an anderer Stelle auszugleichen.

Wir haben keinen Zweifel daran, dass die Verwaltung das souverän erledigen wird, aber Sie geben damit das wesentliche Instrument des Neuen Kommunalen Finanzmanagements aus der Hand in die Hände der Verwaltung – und das, obwohl Sie sich Gestaltungsmehrheit nennen.

In diesen Zusammenhang, meine Damen und Herren, passt sicherlich das Wort des früheren SPD-Bundestagsabgeordneten und Unternehmers Philip Rosenthal, der einmal sagte: „Wer glaubt, etwas zu sein, hat aufgehört, etwas zu werden.“

Nochmals: Sie geben Ihre so genannte Gestaltungsmehrheit ab, weil Sie es nicht können.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Großes Fragezeichen!)

Zumindest mit dem Ablauf der Abstimmung über den Haushalt 2007 sollten Sie sich einen neuen Namen suchen.

Gerne möchte ich auch noch einmal kurz auf bestimmte Einzelbereiche eingehen. Zunächst sei hier beispielsweise die Neuorganisation des Dezernates 3 erwähnt. Wenn wir, wie in anderen Dezernaten schon geschehen, eine Organisationsänderung vornehmen, dann darf sicherlich nicht die Personalorganisation außen vor stehen.

Die Neuorganisation des Dezernates 3, die Sie, sehr geehrte Frau Hötte, nunmehr vorgelegt haben, wird von uns ausdrücklich begrüßt. Die damit einhergehenden Personaleinsparungen sind

aufgrund der nun vorgelegten Organisationsänderungen nur konsequent.

Ein für den Landschaftsverband wichtiger Bestandteil – das wissen wir alle, meine Damen und Herren – sind unsere Kliniken. Sie sind eine der tragenden Säulen des Landschaftsverbandes, was sicherlich auch im Zusammenhang mit der uns bevorstehenden Verwaltungsstrukturreform so zu sehen ist.

Hier haben wir einmütig ein Gutachten in Auftrag gegeben, und dies muss noch einmal deutlich gesagt werden. Dieses Gutachten soll unsere Kliniken als Bestandteil des Landschaftsverbandes Rheinland stärken und zugleich so wettbewerbsfähig wie möglich aufstellen. Wir erwarten mit Interesse das Gutachten.

Damit darf ich zugleich auch noch einmal das Thema Verwaltungsstrukturreform aufrufen und gebe zugleich am Anfang gerne zu, dass wir das Verhalten des Innenministers in dieser Frage nicht nachvollziehen können, denn uns wurde von Anfang an mit Beginn der Überlegungen zur Verwaltungsstrukturreform immer wieder erklärt, dass man in der Frage der Verwaltungsstrukturreform mit uns reden möchte – und nicht über uns.

Insoweit haben wir kein Verständnis, dass der Innenminister sich wenig kooperativ zeigt und nicht bereit ist, sich der Diskussion zu stellen.

(Zustimmung bei der CDU – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das ist Ihr Innenminister! Ihre Landesregierung!)

Ganz anders ist der Finanzminister des Landes, Herr Dr. Helmut Linssen, aufgestellt, der beim Besuch unserer Haushaltsklausur noch einmal deutlich machte, dass eine Verwaltungsstrukturreform im Miteinander stattfinden müsse.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Und wann merkt man das? – Zuruf von Frau Kessing, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Wir, meine Damen und Herren, sind jedenfalls nach wie vor der Auffassung – und ich glaube, dies ist auch im Einklang mit unserer Verwaltung so zu sehen –, dass wir uns jeder Aufgabenkritik stellen und uns auch weiterhin positiv in die De-

batte der Verwaltungsstrukturreform einbringen möchten.

Dies kann aber in der Tat nur umgesetzt werden, indem man mit uns spricht. Dies liegt auch im Interesse des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, der uns und dem Landesdirektor dies mehrfach bestätigt hat. Insoweit haben wir kein Verständnis dafür, dass diese Haltung vom Innenminister zu unterlaufen versucht wird.

Bei der Durchsetzung dieser Frage unserer Einbindung möchten wir uns ausdrücklich beim Landesdirektor Udo Molsberger für seinen Beitrag, seinen Einsatz und seinen Mut bedanken, immer wieder auf diese notwendige Einbindung hinzuweisen und hinzuwirken.

(Beifall bei der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der Ampel-Koalition, brauchen gar nicht anzufangen, darüber nachzudenken, ob wir hier die Politik der Landesregierung insgesamt infrage stellen. Das Gegenteil ist der Fall. Diese Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers hat den einzig richtigen und notwendigen Schritt zum Beispiel bei der Haushaltskonsolidierung des Landes aufgezeigt. Daran, meine Damen und Herren der Ampel, könnten Sie sich ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Als eine weitere sehr wichtige Säule des Landschaftsverbandes muss die Kultur bzw. der Kulturauftrag des Landschaftsverbandes Rheinland gesehen werden. Hier begrüßen wir ausdrücklich den Aufbau von Netzwerken, was dazu führt, dass die schon hohe Kompetenz des Landschaftsverbandes Rheinland in Sachen Kultur eben noch deutlicher wird.

Es ist der Vorsitzende des Kulturausschusses, Professor Patt, der immer wieder deutlich macht, dass der Landschaftsverband Rheinland diese Kompetenz noch intensiver, noch stärker nutzen muss. Allerdings wissen wir auch, dass gerade in der Kultur immer wieder mal die Frage gestellt wird, ob wir uns Kultur, wie wir sie verstanden wissen wollen, noch leisten können.

Hierzu können wir, hierzu kann ich ein klares bejahendes Bekenntnis abgeben. Gerade die kulturelle Arbeit des Landschaftsverbandes Rheinland

trägt dazu bei, dass das Rheinland sich seiner Geschichte und seiner Identität noch stärker bewusst wird. Zum Ausbau der kulturellen Kompetenz des Landschaftsverbandes Rheinland sollte auch akzeptiert werden, dass wir uns über die bisherigen Grenzen hinaus bewegen wollen, um ein noch höheres Maß an Anspruch zu erfahren.

Eigentlich hatte ich an dieser Stelle vor, die sicherlich nicht einfache Thematik des Max-Ernst-Museums näher zu beschreiben, insbesondere deshalb, weil in allen Fraktionen doch ein gehöriges Maß an Bauchgrummeln zum Ausdruck kam.

Nunmehr haben wir aber am letzten Freitag in der Landschaftsausschuss-Sitzung weitere neue – ich will mal sagen: belastendere – Informationen zum Thema Max-Ernst-Museum erhalten, die aber dem Vernehmen nach nicht seitens des Landschaftsverbandes aufgekommen sind, sondern eher auf der Seite der Stadt Brühl liegen.

Der Landschaftsausschuss hat daraufhin den einstimmigen Beschluss gefasst – und dies ist nur konsequent –, die Beschlussvorlage zu schieben, um die nunmehr noch nicht geklärten Problematiken behandeln zu können – mit der ausdrücklichen Aufforderung, dies in einer neuen Vorlage entsprechend darzustellen.

Eines ist für uns auch klar: Bei solchen Projekten – sowohl von der Bedeutung her als auch mit Blick auf eine mögliche Kostenerhöhung – kann man nicht mal eben „Ja und Amen“ sagen. Somit werden wir uns, wie ich denke, in absehbarer Zeit mit dieser Thematik neu zu beschäftigen haben.

Damit möchte ich einer abschließenden Bewertung der neuen Sachlage nicht vorgreifen, aber wir dürfen nicht vergessen, dass wir als Landschaftsverband einen originären Kulturauftrag für das Rheinland haben.

Nichtsdestotrotz – oder vielleicht gerade deswegen – muss man allerdings auch den Blick auf die weiteren Beteiligungen in der Kulturszene aufrechterhalten. Wir sind an so manchem Stiftungsprojekt beteiligt. Auch hier sollten wir zukünftig den Mut haben, Kultur, wie wir sie verstanden wissen wollen, zu unterstützen.

Vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren: Wir haben einen gesetzlichen Auftrag dazu.

Auch an dieser Stelle, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, könnte ich jetzt mit den weiteren Dezernatsbereichen des Landschaftsverbandes Rheinland fortfahren. Nur: Alles und jeden Punkt in meiner Haushaltsrede mit unterzubringen, würde den zeitlichen Rahmen sprengen.

Deshalb erlauben Sie mir, zum Schluss ein Resümee zu ziehen und Ihnen die Haltung der CDU-Fraktion hier noch einmal zu erläutern.

Haushaltsberatungen – das habe ich zu Beginn meiner Rede erwähnt – sind mehr als nur eine Beratung über das Zahlenmaterial, das uns vorliegt. Haushaltsberatungen zeigen auch das Spiegelbild des Verbandes sowohl in Verwaltung als auch in Politik.

Wir mussten bedauerlicherweise feststellen, dass Sie, meine Damen und Herren von der Ampel-Koalition, im demokratischen Sinne keinerlei Kooperationsbereitschaft mit der stärksten Fraktion in der Landschaftsversammlung eingehen wollen, obwohl diese Angebote immer wieder an Sie gemacht wurden.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Sie wollten doch nicht kooperieren beim
Haushalt!)

Meine Damen und Herren von der Ampel, unabhängig von Ihren fundamentalen Machtspielen ist festzustellen,

(Lachen bei der SPD)

dass Sie aufgrund Ihrer Anträge, die den Haushalt mit ca. fünf Millionen Euro mehr befrachten – ohne, wie bereits erwähnt, auch nur einen einzigen Konsolidierungsvorschlag zu machen –, eine absolut unseriöse Finanzpolitik betreiben, die diesem Verband nicht zuträglich ist; im Gegenteil: Sie verlassen den von uns eingeschlagenen Weg, uns nach unserem Leitspruch „Qualität für Menschen“ einzusetzen. Sie gehen wider besseres Wissen den ideologischen Weg „Koste es, was es wolle – Aktionismus ist angesagt“.

Dieser unseriösen Haushaltspolitik können wir unsere Zustimmung nicht geben, und aus diesen Gründen werden wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Ungeachtet dessen sind wir uns aber schon zu Zeiten unserer absoluten Mehrheit bewusst ge-

wesen, dass – wo immer es möglich ist – wir den Mitgliedskörperschaften Entlastung geben wollen, wann immer wir können. Wenn nicht jetzt, wann dann? Dies ist zumindest unsere Auffassung.

Von daher werden wir der beabsichtigten Umlagesenkung unsere Zustimmung geben, und ich darf Sie bitten, Herr Vorsitzender, wie Sie bereits angekündigt haben, bei der nachher stattfindenden Abstimmung für Haushalt und Umlagesenkung eine getrennte Abstimmung vorzunehmen.

Zu guter Letzt darf ich mich bei der Verwaltung bedanken, stellvertretend an der Spitze beim Landesdirektor Udo Molsberger und beim Ersten Landesrat und Kämmerer Harry Voigtsberger, für den vorgelegten ausgewogenen Haushaltsentwurf, dem wir hätten zustimmen können.

Gleichzeitig gilt auch der Dank allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landschaftsverbandes Rheinland für ihren ständigen Einsatz, oftmals über das normale Maß hinaus.

Ich danke Ihnen, meine Damen und Herren, dass Sie mir zugehört haben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Das Wort hat Herr Dr. Rolle.

Dr. Rolle (SPD): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrter Herr Landesdirektor! Verehrte Frau Lubek aus Westfalen! Sehr geehrte Damen und Herren! Bevor ich mich mit dem Haushalt des Landschaftsverbandes Rheinland beschäftige, erlauben Sie mir einige einleitende Worte zu dem Thema, das uns wohl allen am Herzen liegt: der Verwaltungsstrukturreform.

Wie uns ja allen bekannt ist, hat sich die Landesregierung die Bildung dreier Verbände in der so genannten „Mittelinstantz“ auf die Fahnen geschrieben, wobei dieser Begriff bereits das eigentliche Thema nicht ganz trifft. In Wahrheit geht es weder um die „Instantz“ noch um die Ebene; tatsächlich geht es der Landesregierung allein um die Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung zugunsten ihrer eigenen, der staatlichen Verwaltung.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Also Macht weg von Bürgerinnen und Bürgern hin zum Staat!

Übrig bleiben soll ein Mischwarenladen mit kommunalem Deckmäntelchen, der staatlich dominiert ist. Eine Vermischung dieser beiden Strukturen halte ich nicht nur für verfassungswidrig; sie ist schlichtweg unsachgemäß.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Ausübung bürgerschaftlicher Vertretung unter einem Hut mit der staatlichen, weisungsbundenen Verwaltung schließt sich einfach aus.

Daher haben die Fraktionsspitzen der beiden SPD-Fraktionen aus Westfalen und dem Rheinland in einer Sitzung Ende letzten Jahres – übrigens begleitet von einem äußerst wachen und agilen ehemaligen Innenminister Herbert Schnoor – bereits in einer gemeinsamen Stellungnahme klargestellt, dass eine Verlagerung der Aufgaben der Landschaftsverbände auf bisher im Bundesgebiet nicht existierende und im Aufgabenschnitt als Mischverwaltung zu konzipierende neue Regionalverbände – das furchtbare Wort „Präsiden“ möchte ich erst gar nicht in den Mund nehmen – nicht in Betracht kommt, da eine klare Trennung von staatlicher und kommunaler Verantwortung zwingend notwendig ist.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Nun, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der CDU, jetzt haben wir ja da in Düsseldorf in der Haroldstrasse einen Staatssekretär sitzen, der mit aller Energie – Herr Heidrich hat es eben auch erwähnt – daran arbeitet, die Selbstverwaltung im interkommunalen Bereich ohne Wenn und Aber zu zerstören und die damit unzweifelhaft verbundenen Vorteile für die Empfänger unserer Leistungen schrittweise abzubauen.

Gerne lichte ich Ihnen unsere Beschlüsse aus Gelsenkirchen ab, die inzwischen durch ein klares Votum des SPD-Landesvorstands ergänzt werden, damit Sie diese Herrn Palmen bei Gelegenheit zustecken können. Wenn er sie gut liest, weiß er, welche Reform das Land braucht, und vor allem, welche nicht!

Apropos Lesen: Komisch eigentlich, steht doch im Koalitionsvertrag auch, staatliche Aufgaben sollten, soweit es geht, kommunalisiert werden. Eine gute Idee! Dies betrifft auch die laut Willen der Landesregierung nun aufzulösende staatliche Versorgungsverwaltung.

Komisch aber, dass eben genannter Staatssekretär gegen den Willen des Fach- und Finanzministers, gegen ausdrückliche Empfehlungen der betroffenen Verbände mit aller Macht zu verhindern versucht, die Aufgaben der Versorgungsverwaltung auf die kommunalen Landschaftsverbände zu übertragen, die wohl unstrittig als einzige ein akzeptables Aufgaben-Übernahme-Angebot unterbreitet haben und eben wegen ihrer kommunalen Überregionalität die einzig richtigen Aufgabenträger wären.

Die Strategie ist eindeutig: gegen die sachgerechte Lösung, gegen die Menschen, die eine gute Betreuung verdient und nötig haben. Schade eigentlich, dass die Landesregierung diese einmalige Gelegenheit, Bürgernähe und effiziente Verwaltungshandeln unter Beweis zu stellen, ungenutzt verstreichen lässt.

So viel Uneinsichtigkeit könnte einen glatt „auf den Palmen bringen“!

(Heiterkeit und Beifall bei SPD,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der Landesregierung möchte ich an dieser Stelle unmissverständlich mit auf den Weg geben: Es wäre nicht das erste Mal, dass das Vorhaben scheitert, die Landschaftsverbände aufzulösen. Der Prozess am Ende der 90er-Jahre hat gezeigt, dass überregionale Aufgaben, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung erledigt werden können, auf keiner Ebene und in keiner anderen Struktur besser angesiedelt werden können als bei den zwei Landschaftsverbänden in Nordrhein-Westfalen.

Auch die Aufgaben des Straßenbaus sind durch die Landschaftsverbände wesentlich preisgünstiger gelöst worden als heute. Dies wird sich im anstehenden Prozess wieder bewahrheiten!

Und zum Schluss noch eine Bemerkung an uns alle: Wir müssen durch Vernetzung in allen Aufgabenbereichen und auf allen Ebenen unter Beweis stellen, dass wir über Qualität für Menschen

nicht nur reden, sondern diese auch durch unsere Arbeit gewährleisten!

Auch in diesem Sinne sind die Anträge der Gestaltungsmehrheit richtungweisend für die zu versorgenden Menschen im Rheinland.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nun zu den Finanzen! Erlauben Sie mir einleitend einige Bemerkungen zur vorgelegten Eröffnungsbilanz. Wir als Politiker, vor allen Dingen die Finanzpolitiker, haben diesem vorläufigen Entwurf der Bilanz mit Spannung entgegengesehen, weil wir auch wegen der Haushaltsberatung wichtige Angaben zu Vermögen, Eigenkapital bzw. der Ausgleichsrücklage des LVR erfahren wollten.

Ich möchte hier lediglich drei entscheidende Zahlen erwähnen, wonach der Landschaftsverband Rheinland ein Eigenkapital von rund 540 Millionen Euro hat. Dies entspricht einer Eigenkapitalquote von rund 21 Prozent. Die Ausgleichsrücklage – das ist ja nach den NKF-Vorschriften ein wichtiges Element – beträgt rund 180 Millionen Euro.

Es steht ja hier immer die Frage im Raum, ob es Sinn macht, wenn Umlageverbände eine Ausgleichsrücklage haben. Ich bin jedenfalls froh, dass uns diese Reserve zur Verfügung steht, um den eingeschlagenen Konsolidierungskurs zugunsten unserer Mitgliedskörperschaften auch in den nächsten Jahren sicherstellen zu können.

Der Kämmerer hat in seiner Haushaltsrede zur Einbringung des Haushaltsplan-Entwurfes 2007 schon kurz ausgeführt, dass trotz gestiegener Ausgaben und Aufwendungen im Sozialbereich in den letzten Jahren der Landschaftsverband Rheinland

- den Umlagesatz 2005 nicht verändert hat,
- im Jahre 2006 eine Senkung des Umlagesatzes um 0,2 Prozent-Punkte auf 17,1 Prozent-Punkte vorgenommen hat.

Hier hat natürlich die positive Steuerentwicklung geholfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind als SPD-Fraktion angetreten, den Haushalt

des Landschaftsverbandes zu konsolidieren, und wir stecken mitten in dieser Phase!

Der begonnene Weg der Haushaltskonsolidierung muss auch zwingend weiter verfolgt werden, um

- einmal eine stärkere Belastung der Mitgliedskörperschaften zu vermeiden bzw. den Umlagesatz zu senken und
- zweitens eine moderate Entschuldung vorzunehmen, die den Haushalt des LVR längerfristig und strukturell verbessert.

Diese beiden Elemente bestimmen unsere Haushaltsgestaltung für 2007 und müssen auch für die Zukunft die Leitgedanken sein.

Die Steuerentwicklung lässt es auch für das Jahr 2007 zu, dass neben einer Umlagesenkung auch eine weitere Entschuldung das Ziel ist. Und in Richtung Steuerentwicklung und Entschuldung kann ich nur die Höhner zitieren – jetzt haben wir etwas Gemeinsames –: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“

(Heiterkeit bei Fliß, Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Der Kämmerer hat bereits in seiner Haushaltsrede die Höhe der Schlüsselzuweisungen des Landes und auch die verbesserten Umlagegrundlagen dargestellt, auf die ich jetzt zahlenmäßig nicht erneut eingehen möchte. Die gute Steuerentwicklung darf uns aber nicht dazu verleiten, ausschließlich die Umlagesenkung in 2007 zu sehen und die Senkung der Verschuldung völlig zu ignorieren.

Wenn die Landschaftsversammlung des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe vor kurzem eine Umlagesenkung von 0,9 Prozent-Punkten beschlossen hat, so musste sie in Kauf nehmen, dass die auch dort ursprünglich geplante Entschuldung „gekippt“ und stattdessen eine höhere Neuverschuldung vorgenommen wurde. Wegen unserer deutlich höheren Schulden können wir uns so etwas beim LVR nicht leisten.

Wir schaffen eine ordentliche Tilgung wie vorgesehen – immerhin rund 38 Millionen Euro – und wegen der geringen Kreditaufnahme auch noch eine weitere leichte Entschuldung in 2007; ein Ergebnis, das allen Interessen gerecht wird und

deshalb auch von allen mitgetragen werden sollte!

Deshalb möchte ich an dieser Stelle an die fünf Mitgliedskreise appellieren, jetzt die – im Übrigen mit dem Innenministerium abgestimmte – Rechtsauffassung zu akzeptieren und ihre bei uns eingegangenen Einwendungen zur Umlagegestaltung zurückzunehmen.

Der zweite Punkt der Einwendungen der fünf Kreise befasst sich mit dem Ausweis einer Forderung in der Bilanz des LVR. Der Sachverhalt ist Ihnen durch die Vorlage der Verwaltung bekannt.

Ich weiß, dass sich die Verwaltung die Entscheidung in dieser Sache nicht leichtgemacht hat. Das ist auch verständlich. Es handelt sich ja schließlich um ein Forderung an die Kommunen, die mittlerweile eine Höhe von 214 Millionen Euro hat.

Auf der anderen Seite möchte ich nun den eingeschlagenen Weg der Verwaltung, aufgrund eines Rücksichtnahmegebotes auf die Ausweisung der Forderung in der Eröffnungsbilanz und auf die damit verbundene Auflösung dieser Forderung im Ergebnisplan zu verzichten, ausdrücklich begrüßen. Ich möchte hier an dieser Stelle deutlich machen, dass dadurch Aufwand in Höhe von rund 20 Millionen Euro im Veränderungsnachweis zum Haushalt 2007 reduziert wurde.

Darüber hinaus werden die Mitgliedskörperschaften, wie es in der Vorlage richtig heißt, dauerhaft in Zukunft entlastet. Dies entspricht nach den derzeit gültigen Umlageberechnungsgrundlagen fast zwei Prozent Umlagepunkte, die der LVR nicht geltend macht, um unsere Mitgliedskörperschaften entsprechend zu entlasten.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Verwaltung hat im Januar einen Haushaltsplan-Entwurf eingebracht, der eine Umlagesenkung von 0,4 Prozent-Punkten, nämlich eine Senkung der Umlage von 17,1 Prozent auf 16,7 Prozent, vorsah. Für die Mitgliedskörperschaften wären demnach rund 45 Millionen Euro weniger – gemessen am ursprünglichen Umlagesatz von 17,1 Prozent – an den LVR zu zahlen gewesen.

Der Veränderungsnachweis hat eine Reihe von Änderungen erbracht, die sowohl Ertragseite, Aufwandseite als auch die Höhe des Überschusses veränderte. Der Vorschlag der Verwaltung im Veränderungsnachweis sah noch eine weitere Senkung um 0,1 Prozent auf 16,6 Prozent vor.

Als *ein* Partner der gestaltenden Mehrheit sprechen wir uns ausdrücklich für eine Umlagesenkung von 0,2 Prozent-Punkten gegenüber dem Entwurf aus, sodass mit 16,5 Prozent insgesamt eine Umlagesenkung von 0,6 Prozent gegeben ist. Gemessen an einem Umlagesatz von 17,1 Prozent entlasten wir damit die Mitgliedskörperschaften insgesamt um rund 67 Millionen Euro.

Das ist als deutliches Zeichen gegenüber den Mitgliedskörperschaften zu verstehen, dass wir die nach wie vor dort bestehende hohe Belastung sehen. Eine höhere Umlagesenkung – wie beim LWL – lehnen wir jedoch ab, weil dieser Haushalt 2007 einfach nicht den Spielraum gibt, eine weitere Umlagesenkung zulasten einer ordnungsgemäßen Haushaltswirtschaft – hiermit meine ich die ordentliche Tilgungsleistung – vorzunehmen.

Eine Umlagesenkung muss mit Maß vorgenommen werden. Deshalb muss auch die weitere Schuldenentlastung mit Blick auf den vorläufigen Entwurf der Eröffnungsbilanz und auf die geforderte Entschuldung durch das Innenministerium unser Ziel sein.

Der Gesamthaushalt des LVR, meine Damen und Herren, steht und fällt mit dem Ausgabenblock der so genannten Eingliederungshilfe, das heißt der Finanzierung der Hilfen für Menschen mit Behinderungen. Innerhalb dieser großen Haushaltspositionen – im System des neuen NKF-Haushaltes richtigerweise als Produkte bezeichnet – sind es die Produkte insbesondere zum Thema Wohnen und Arbeit für Menschen mit Behinderungen. Allein diese beiden Produkte machen ein Haushaltsvolumen von insgesamt 1,4 Milliarden Euro aus.

Die SPD-Fraktion hat schon vor Jahren erkannt, dass Haushaltssanierung bzw. Haushaltskonsolidierung des LVR-Haushaltes nur dann erreicht werden kann, wenn es gelingt, die Höhe der Transferleistung für die Hilfen für Menschen mit Behinderungen in den Griff zu bekommen.

In Anbetracht der demographischen Entwicklung – wie Sie wissen, steigt die Zahl der Menschen mit Behinderungen, die auf Hilfen angewiesen sind, ständig und wird auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten wachsen – können die finanziellen Herausforderungen nur dann gemeistert werden, wenn es gelingt, die Eingliederungshilfe fachlich weiterzuentwickeln und dadurch die Kosten positiv zu beeinflussen. Diese fachliche Weiterentwicklung steht unter dem Leitgedanken

- mehr Autonomie für Betroffene,
- ambulant vor stationär und
- Kostenbegrenzung, wo dies möglich ist.

Die Reihenfolge ist bewusst so gewählt, weil es immer darum gehen muss, die Qualität für Menschen mit Behinderungen zu erhalten oder sogar noch zu verbessern. Dazu ist aktive Steuerung nicht nur des Systems, sondern in jeder einzelnen Bedarfslage notwendig. Der Landschaftsverband – darauf können wir stolz sein – hat hier Vorbildliches geleistet und kann inzwischen auch die nötigen und dringend erforderlichen finanziellen Effekte vorweisen.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Gestaltungsmehrheit bzw. die SPD-Fraktion hat im Sinne dieses Umsteuerungsprozesses sowohl in der letzten Wahlzeit wie aber auch in dieser Wahlperiode diverse Programme auf den Weg gebracht, um den Prozess zu beschleunigen, zu flankieren und voranzutreiben.

Als Beispiele seien genannt

- Installation und Finanzierung eines kompletten und flächendeckenden Netzes von KoKo-Be's – das sind Kontakt-, Koordinierungs- und Beratungsstellen für Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Angehörigen –,
- finanzielle Anreize für Betroffene und für Einrichtungsträger, um Betroffene fähig und motiviert zu machen, selbständig zu leben, und
- Programme zur Unterstützung von Freizeitmaßnahmen für Betroffene und manches mehr.

Ein bundesweit beachteter Schritt in die Richtung „ambulant vor stationär“ bei gleichzeitiger Kostenentlastung ist die Vereinbarung zwischen den

beiden Landschaftsverbänden und den Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege vom letzten Jahr, bis Ende 2008 fünf Prozent der stationären Wohnheimplätze zugunsten ambulanter Angebote abzubauen.

Dies ist einerseits eine fachliche Weiterentwicklung und Förderung der Selbständigkeit Betroffener und schafft andererseits finanzielle Spielräume. Diese Vereinbarung wird bundesweit – ich kann durchaus sagen: mit Bewunderung und manchmal auch mit einem gewissen Neid – gesehen. Mit dieser Vereinbarung ist eine Trendwende in der Eingliederungshilfe vereinbart, die beispielhaft ist.

Deshalb an dieser Stelle nochmals meinen ganz herzlichen Dank an den Landesdirektor, die zuständige Landesrätin, den Kämmerer und die sonstigen Verhandlungsführer des LVR.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Aber auch natürlich Dank an die Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege, die diesen Prozess mitmachen und mittragen.

Dank des Engagements vieler Beteiligten ist es inzwischen gelungen, die über Jahrzehnte steil ansteigende Kurve der Fälle in stationärer Wohnbetreuung auf Null zu bringen. Dies ist nicht nur in der Sache eine kleine Sensation. Durch die strukturelle Entlastung des Haushaltes profitieren letztlich alle unsere „Geldgeber“, das heißt alle Städte und Kreise, von dem von uns eingeschlagenen Weg.

Deshalb muss er weiter beschritten werden, und deshalb stellt auch die Gestaltungsmehrheit die Ihnen vorliegenden Anträge.

Diese Anträge sollen helfen, den Umsteuerungsprozess zu beschleunigen und gleichzeitig die Lebensqualität für Menschen mit Behinderungen zu erhöhen.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals und eindringlich betonen, dass es der SPD-Fraktion nicht alleine darum geht, Kosten zu senken, sondern die Qualität für Menschen bei gleichzeitiger Kostenentlastung zu erhöhen. Dies ist keine Quadratur des Kreises, sondern intelligente Politik zum Nutzen aller!

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Eine Politik, die meine Fraktion konsequent von Anfang an beschritten hat und in Zukunft weiter beschreiten wird!

Die eingebrachten Anträge sind im Wesentlichen Anträge zur fachlichen Weiterentwicklung und zur politischen Unterstützung des Prozesses. Die damit verbundenen Kosten sind im Vergleich zu den Summen, die gesteuert werden müssen, marginal, das heißt bei ca. 0,1 Prozent des Gesamthaushalts.

Dafür ist die „Hebelwirkung“ dieser eher geringen Etatbelastungen um so größer. Der LVR ist nicht nur hier – wie auch andere – auf einem guten Weg; er ist deutlich an der Spitze und macht das Tempo. Darauf können wir gemeinsam stolz sein!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Dass ganz nebenbei auch hier eine stetige Vernetzung mit Dritten stattfindet, die vom Know-how des LVR profitieren, sei nur am Rande bemerkt.

Im Bereich der Rheinischen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt „Körperliche und motorische Entwicklung“ freue ich mich über die Entspannung der Raumsituation. Dazu haben die gelungenen Erweiterungsbauten in Rösath, Bedburg-Hau und Wiehl-Oberbantenberg beigetragen. Die Schulerweiterung in Euskirchen wird voraussichtlich Ende 2007 fertiggestellt.

Der neue Schulstandort in der Stadt Linnich konnte im Sommer 2006 eingeweiht werden. Die Schule hat mit rund 60 Kindern erfolgreich ihren Betrieb aufgenommen. Sie hat eine Kapazität von 120 Plätzen und wird kontinuierlich wachsen und die Standorte Mönchengladbach, Aachen und Pulheim entlasten.

Für den Sommer 2007 ist die Einweihung der neuen Schule für körperliche und motorische Entwicklung in Oberhausen geplant. Diese Schule wird insbesondere die Standorte Duisburg und Essen entlasten.

All diese Schulbaumaßnahmen sind das Ergebnis der richtungweisenden Schulentwicklungsplanung des Landschaftsverbandes Rheinland,

die die politische Vertretung einstimmig beschlossen hat. Und wer die neuen Gebäude gesehen hat, der weiß: Das investierte Geld ist gut angelegt.

Besonders herausstellen möchte ich das vehemente Eintreten der SPD-Fraktion für den Ausbau der Rheinischen Förderschulen für Sinnesbehinderte zu Offenen Ganztagschulen gegen anfängliche Widerstände aus der CDU. Zum Schuljahr 2006/2007 wurde an sieben Schulstandorten die Offene Ganztagschule eingeführt. Die notwendigen Baumaßnahmen sollen zum Schuljahresbeginn 2007/2008 abgeschlossen sein.

Der Landschaftsverband Rheinland wird die zusätzlichen Schülerbeförderungskosten für die Offenen Ganztagschulen bereitstellen, weil wir in der Einrichtung der Offenen Ganztagschulen im Primarbereich einen hohen sozial- und familienpolitischen Stellenwert sehen. Da sind wir Sozis ja ganz konservativ: Gute Betreuungskonzepte ermöglichen gute Verhältnisse für entspannte und ausgeglichene Eltern-Kind-Beziehungen – im Übrigen nicht nur für Akademikerinnen und Akademiker –, egal, in welcher Familiensituation man sich befindet.

Ganz sicher geht es hierbei nicht darum, das eine, das so genannte schöne Geschlecht zu Maschinen welcher Art auch immer zu degradieren. Worum es geht, ist die optimale Betreuung unserer Kinder und sind optimale Bedingungen für Eltern – thematisch ganz im Bundestrend.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Den weiterhin steigenden Schülerzahlen im Bereich der Rheinischen Förderschulen mit dem Förderschwerpunkt Sprache müssen wir uns stellen. Besonders an den Standorten Köln und Stolberg ist die Raumsituation zu verbessern. Hier wird sich die SPD-Fraktion für tragfähige Lösungen einsetzen.

Auf Kindergärten und Kindertagesstätten, meine Damen und Herren, kommen in Nordrhein-Westfalen schwere Zeiten zu. Am 20. März 2007 wurde im Kabinett der Referentenentwurf eines neuen Kindergartengesetzes verabschiedet. Der vorher mit den freien und öffentlichen Trägern ausgehandelte Konsens lässt sich hier nur schwer wiederfinden.

Die „Welt am Sonntag“ titelte jubelnd „Land gibt 120 Millionen Euro mehr für Kindergärten“ – und verschweigt dabei, dass im vorigen Jahr in diesem Bereich nahezu 200 Millionen Euro gekürzt wurden.

Im Referentenentwurf lässt die Landesregierung erkennen, dass die U3-Betreuung in erster Linie durch eine Umverteilung im System erzielt werden soll. Die eben erwähnten zusätzlich bereitgestellten Mittel werden zum größten Teil von der Senkung der kirchlichen Trägeranteile auf zwölf Prozent aufgezehrt!

Verlierer des Gesetzes sind die Kinder und Eltern, weil die Qualität nicht verbessert wird und der geplante Ausbau der U3-Plätze noch immer hinter dem Bedarf zurückbleiben wird.

Verlierer sind in Zukunft die Kommunen, weil sie den wachsenden Erwartungen der Eltern ausgesetzt sind, ohne eine angemessene Finanzierung der zusätzlichen Aufgaben zu bekommen. Verlierer sind in besonderer Weise große Städte mit schwierigen Sozialräumen.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Durch eine einheitliche Pauschale für das ganze Land profitieren gutsituierte Städte und Gemeinden, während belastete Kommunen in Zukunft weniger Geld erhalten.

Die Förderung von besonderen Bedarfen ist fokussiert auf die Sprachförderung und stellt damit eine fachliche Verengung gegenüber dem GTK dar, das auch die Förderung von Einrichtungen in schwierigen Sozialräumen vorsah.

Träger und Erzieherinnen sehen sich darüber hinaus der Anforderung ausgesetzt, zusätzliche pädagogische Arbeit für Sprachförderung, Schutz vor Kindeswohlgefährdung oder einem verstärkten Bildungsauftrag zu leisten, während gleichzeitig die Personalausstattung in den Einrichtungen reduziert wird. Unter dem Strich bekommen die Kindergärten also nicht mehr Geld, sondern einen Haufen neuer Aufgaben.

Und genau deshalb wollen wir als gestaltende Mehrheit mit unserem Antrag die Beratungs-, Förder- und Unterstützungsmöglichkeiten für die Einrichtungen im Rheinland durch das Landesju-

gendamt stärker öffentlichkeitswirksam publik machen.

Der Referentenwurf, meine Damen und Herren, kommt aus dem Ministerium für Generation, Familie, Frauen und Integration, in Fachkreisen als MGFFI bekannt.

(Heiterkeit bei Frau Asch,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Möglicherweise ist hier der Name Programm, denn das neue Gesetz soll heißen: „Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern = Kinderbildungsgesetz“, kurz „Kibiz“.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN: Oder Meisel!)

Ich stelle mir vor, wie demnächst MGFFI den Kommunen, Trägern und Eltern als oder mit dem „Kibiz“ beim Lösen der Probleme vor Ort über die Schultern schaut.

Erlauben Sie mir nun ein paar Bemerkungen zum Thema Zukunftssicherung der Rheinischen Kliniken. – Die Gesundheitsreform 2006 wird die Krankenhäuser in NRW nach jüngsten Verlautbarungen der KGNW mit ca. 100 Millionen Euro belasten. Auch wenn die psychiatrischen Krankenhäuser – nicht zuletzt aufgrund der unermüdlichen Bemühungen der „Aktion Psychisch Kranker“ – am Ende von dem beschlossenen Sanierungsbeitrag verschont geblieben sind, müssen sie trotzdem weiter gemeinsam alle Anstrengungen unternehmen, Kosten und Erlöse zu optimieren und die Struktur- und Prozessqualität zu verbessern.

Einen wichtigen Beitrag hierzu erwarten wir von dem in Auftrag gegebenen Gutachten zur Zukunftssicherung der Rheinischen Kliniken. Auf der Basis dieses Gutachtens werden wir in den nächsten Monaten intensiv diskutieren, welche Organisations- und Rechtsform für eine zukünftige erfolgreiche fachliche und wirtschaftliche Entwicklung unserer Kliniken am sinnvollsten ist.

Um eines für die SPD hier ganz unmissverständlich klarzustellen: Wir werden diese Diskussion unter der Prämisse führen, dass die Kliniken in der bewährten Trägerschaft des LVR bleiben und dass eine Privatisierung der Kliniken ausgeschlossen ist.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Zu der Frage, wie die Rheinischen Kliniken aufgestellt sein müssen, um die Herausforderungen der kommenden Jahre zu bestehen, gehört vor allem auch die Lösung der Frage, wie zukünftig die für den Betrieb und die Weiterentwicklung der Leistungsangebote unabweisbar notwendigen Investitionen gesichert werden können.

Auch wenn es so aussieht, dass das Land im Jahr 2007 wieder dem Grunde nach seiner Verpflichtung der Investitionsförderung von Krankenhäusern nachkommen wird, wird dies nicht sicherstellen können, dass Geld für alle notwendigen Maßnahmen zur Verfügung stehen wird.

Zudem hat die Verwaltung deutlich gemacht, dass im Bereich der nicht förderfähigen Instandsetzungen ein erheblicher Bedarf besteht. Einen Antrag, mal eben mit jährlich fünf Millionen Euro ein in Wahrheit erst in diesem Jahr auslaufendes und im Übrigen von uns seinerzeit als SPD-Fraktion selbst angeregtes Sanierungsprogramm „beginnend mit dem Jahr 2007 zu verlängern“, macht so überhaupt keinen Sinn.

Vielmehr erwarten wir hier von der Verwaltung auf der Basis einer abgestimmten Ziel- und Liegenschaftsplanung eine Priorisierung des dargestellten Instandsetzungsbedarfs, und danach ist über einen Finanzierungs- und Zeitplan zu entscheiden. Dieser Plan muss dann auch eine Aussage über die Zukunft der Standardbettenhäuser enthalten.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Er sollte allerdings auch mit Hochdruck erstellt werden, damit mit den in der Tat notwendigen Arbeiten zielgerichtet schnellstmöglich begonnen werden kann; denn nur auch gut aufgestellte Kliniken sind fit für die Zukunft!

Der Landschaftsverband Rheinland verfolgt seit über 20 Jahren im besonderen Maße den Ausbau und die Weiterentwicklung der außerstationären Versorgung. So leisten die 65 geförderten rheinischen SPZ einen wichtigen Beitrag bei der Koordinierung und Abstimmung der außerklinischen Angebote.

Damit der Zugang zu den gemeindepsychiatrischen Diensten auch für den Personenkreis der psychisch kranken Migrantinnen und Migranten erreichbar wird, fördert der LVR seit 2006 nunmehr drei Fach- und Kompetenzzentren für migrationsspezifische Fragestellungen an den Standorten Köln, Duisburg und Solingen, um das regionale gemeindepsychiatrische Angebot für Menschen mit einem Migrationshintergrund zu öffnen.

Da es auch einen zunehmenden Bedarf nach trägerübergreifender Beratung für die Gruppe der psychisch kranken älteren Menschen gibt, wird der Landschaftsverband Rheinland 2007 Mittel in seinem Haushalt bereitstellen, um den Aufbau von Gerontopsychiatrischen Zentren im Rheinland voranzutreiben.

Übrigens: Knapp 47 Prozent der jährlichen Fördersumme von rund 4,5 Millionen Euro, die in die Weiterentwicklung der außerstationären Versorgung fließen, stammen nicht aus Haushaltsmitteln, sondern werden durch die Sozial- und Kulturstiftung bereitgestellt!

Auch das Netzwerk Heilpädagogischer Hilfen leistet mit seinen drei Betrieben im Rheinland einen wesentlichen Beitrag zur Versorgung von Menschen mit Behinderungen. Unsere Erwartung als SPD-Fraktion ist auch hier eindeutig: Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ ist umzusetzen.

Dabei gehen wir davon aus, dass das Netzwerk Heilpädagogischer Hilfen im Rheinland eine besondere Verantwortung übernimmt. Wenn die Rahmenbedingungen stimmen – und dazu zähle ich vor allem Sicherheit für die betroffenen Menschen und eine bedarfsgerechte Begleitung im Rahmen der Hilfeplanung und der Tagesstruktur –, werden viele Menschen eine neue Lebensqualität erfahren.

Mit der Überleitung aus stationärer Versorgung in ambulante Betreuung wird die Autonomie von Menschen mit Behinderungen gestärkt und die Teilhabe am Leben in der Gemeinde gefördert – ein wesentliches Ziel der SPD-Fraktion.

Besonders erwähne ich das Institut für Konsulentenarbeit – Kompass. Hier entwickelt der Landschaftsverband ein über seine Grenzen hinaus fachlich anerkanntes Angebot, um Menschen in schwierigen Lebenssituationen zu helfen. Die Ar-

beit mit Menschen mit Behinderungen und hier vor allem die Arbeit mit Menschen mit herausforderndem und sozial auffälligem Verhalten stellt hohe Anforderungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtungen, in denen diese Menschen leben.

Die SPD-Fraktion wird sich dafür einsetzen, dass dieses Angebot finanziell gesichert arbeiten kann und damit „Qualität für Menschen“ verbessert.

Unser Antrag macht aber zugleich deutlich, dass diese für die Menschen im Rheinland so wichtige und sinnvolle Arbeit nicht auf Dauer auf Kosten der HPH-Netze gehen kann. Vielmehr sieht er vor, diese Kosten für einen überschaubaren Zeitraum aus dem Anreizprogramm zu decken, um auch später die HPHs und den Haushalt des LVR entsprechend zu entlasten.

Das – na ja – Schönste wie immer zum Schluss: Ich komme nun zum Kulturbereich, der, von der finanziellen Bedeutung gemessen, am gesamten Haushaltsvolumen nur einen geringen Teil ausmacht, für das Ansehen des Landschaftsverbandes Rheinland aber eine immens wichtige Rolle einnimmt.

Politisch haben wir bei den letztjährigen Haushaltsberatungen hier an dieser Stelle den Schwerpunkt und damit die Zielvorgabe gesetzt, durch verstärkte Bildung von Netzwerken der LVR-Einrichtungen, durch Kooperationen mit Stiftungen, Einrichtungen und Akteuren in der Region inhaltliche und wirtschaftliche Synergien zu bilden und die Kulturlandschaft Rheinland stärker zu profilieren.

Diese Zielvorgabe haben wir beschlossen, weil wir sie für unbedingt notwendig halten, um auch in diesem Bereich die optimale Dienstleistung für die Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

Hinsichtlich der Kooperation mit Stiftungen und Einrichtungen und Akteuren in der Region verfügen wir bereits über ein weit gesponnenes Netz. Hier mussten wir in der zurückliegenden Zeit unser Augenmerk verstärkt auf die finanzielle Situation unserer Stiftungsbeteiligungen richten.

So macht es die finanzielle Situation notwendig – und es macht natürlich auch fachlichen Sinn –, demnächst das Max-Ernst-Museum in Brühl als Teil des Rheinischen Landesmuseums Bonn zu übernehmen; eine richtige und wichtige Ent-

scheidung, um dieses anspruchsvolle, erfolgreiche und publikumswirksame Museum weiterführen zu können. Demnächst? – mit Fragezeichen. Wir hoffen auf wachsenden Sachverstand in und aus Brühl!

Ein weiteres Netzwerk, an dem wir mit der Verwaltung arbeiten, bildet sich zur Zeit um das Rheinische Industriemuseum. Schwerpunkt dieses Netzwerkes wird eine stärkere Beteiligung des Landschaftsverbandes an der „Zeche Zollverein“ und hier insbesondere am vorgesehenen Ruhrmuseum sein.

Es besteht inzwischen aufgrund der geführten Verhandlungen Einvernehmen zwischen den agierenden Partnern – unter anderem mit dem Land Nordrhein-Westfalen –, dass auch der Einfluss des Landschaftsverbandes Rheinland durch die Vertretung in den entsprechenden Gremien sichergestellt wird. Dies ist uns besonders wichtig, um unser Industriemuseum besser verankern zu können und nicht nur – die anwesenden Kolleginnen und Kollegen aus Essen mögen es mir verzeihen – als Zahlmeister aufzutreten.

Der weitere Ausbau dieser Netzwerke ist denkbar. Stichworte sind hier Zülpich, Stolberg und Monschau.

Trotz der diskussionswürdigen Entwicklungen im jeweiligen Einzelfall hält meine Fraktion den eingeschlagenen Weg zu einer größeren Vernetzung im Kulturbereich für richtig und notwendig.

Sehr geehrte Damen und Herren, der gesamte Haushalt, die von der GM eingebrachten Anträge, die erzielten Arbeitsergebnisse zeigen: Wir sind offensichtlich auf einem guten Weg.

Dank auch an unsere Partner in der Gestaltungsmehrheit, mit denen wir gerne zusammenstreiten und uns noch lieber wieder versöhnen.

Wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, gestalten diesen Weg und werden ihn auch steuern müssen. Umsetzen muss dies alles die Verwaltung, der ich sehr herzlich für ihre guten Ergebnisse danke, an der Spitze Herrn Landesdirektor Molsberger, aber auch allen Landesrätinnen und Landesräten sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Bedanken möchte ich mich für eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und lade Sie alle

ein, diesen Weg gemeinsam weiter zu gehen. Wenn das gelingt, mache ich mir um die Zukunft der Landschaftsverbände wenig Sorgen!

Dies ist der erste „komplette“ NKF-Haushalt der Verwaltung. Das verlangt uns Politikern schon einiges ab. Aber das war auch für die Verwaltung wenn vielleicht auch keine schwere, so sicherlich keine leichte Geburt.

Ihnen, Herr Voigtsberger, und Ihrer gesamten Mannschaft herzlichen Dank für die – um im Bild zu bleiben – geduldig ertragene Schwangerschaft!

(Heiterkeit bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Am Schluss erlauben Sie mir noch ein persönliches Wort. Dies ist der erste NKF-Haushalt; dies ist aber zugleich der letzte. Nicht Haushalt, aber der letzte Haushalt, der die Handschrift von Joachim Pütz trägt. Joachim Pütz wird im Sommer seine Arbeit beim LVR beenden. Handschrift von Joachim Pütz bedeutet nicht immer unbedingt einen ausgeglichenen, aber immer einen ausgewogenen Haushalt; ein Haushalt, der alle Interessen berücksichtigt, soweit dies irgend möglich ist: die der Politik, die der Fachbereiche, die der zahlenden Mitgliedskörperschaften, aber auch die des Innenministers, der schließlich ebenfalls noch ein Wörtchen mitzureden hat.

Dir, lieber Joachim, im Namen der SPD-Fraktion herzlichen Dank für die vielen Jahre der vorbildlichen Arbeit für uns, für den LVR und für die Menschen im Rheinland.

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vielen Dank!

Und, meine Damen und Herren, es ist auch – in seiner bisherigen Funktion – die letzte Landschaftsversammlung von Klaus Brausch, letzte Woche offiziell verabschiedet. Dir, Klaus, für viele Jahre des Miteinanders ein herzliches Danke!

(Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Abschließend aber auch noch ein Wort zur CDU-Fraktion. – Lieber Herr Heidrich, seit zweieinhalb Jahren immer dieselbe klagende Leier, immer die gleichen unhaltbaren und unredlichen Vor-

würfe, die ich entschieden zurückweise. Ergebnis – wie immer –: Schmolle Mund und Blockade.

(Zustimmung bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Tun Sie mir doch einen Gefallen: Geben Sie das auf! Denken Sie an Wolf Biermann: „Nur wer sich ändert, bleibt sich treu.“ Und es wird für uns alle besser werden. – Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN spricht Frau Asch.

Frau Asch (Bündnis 90/DIE GRÜNEN): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal zu dem Rundumschlag des CDU-Fraktionsvorsitzenden, Herrn Heidrich. Herr Heidrich, wir hatten eigentlich gehofft, dass Sie heute, an Ihrem Geburtstag, zu dem ich Ihnen hiermit herzlich gratuliere, ein bisschen besserer Laune sind.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Aber das hat sich nicht bewahrheitet.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Heidrich, oftmals ist es ja im Leben so: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es heraus. – Ich könnte noch andere Sprichwörter bemühen: Von der Hand, mit der man mit einem Finger auf andere zeigt, weisen vier Finger auf einen selbst zurück.

Zur Kommunikation gehören immer zwei Partner. Wir erleben, dass viele Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Fraktion in den Fachausschüssen sehr wohl kommunikativ, sehr wohl gesprächsfähig sind. Dass wir aber dann sehen, dass das jeweils an der Fraktionsspitze scheitert und dass die Fraktionsspitze blockiert, spricht in der Tat nicht für Sie, Herr Heidrich.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Heidrich, CDU: Völlig unsinnig!)

Auf diesen Haushalt können wir alle sehr stolz sein, mit ihm können wir alle sehr zufrieden sein, weil wir in einem Maße, wie das in der Geschich-

te des Landschaftsverbandes Rheinland selten vorgekommen ist, die Mitgliedskörperschaften entlasten. Wir senken um 0,6 Prozent die Umlage, meine Damen und Herren. Das ist ein Kraftakt, den wir alle gemeinsam mit der Verwaltung bewältigen, der ich an dieser Stelle sehr herzlich danke.

Wenn Sie das nicht würdigen können, zeigt das nur, Herr Heidrich: Sie suchen ein Haar in der Suppe und versuchen zu kritisieren, was ein rundes Werk ist, auf das wir als Gestaltungsmehrheit sehr stolz sind.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir sind in diese Haushaltsberatungen mit drei festen Zielen gegangen. Wir wollten als Grüne eine soziale, wir wollten eine ökologische Politik gestalten, und wir wollten in der Tat den Kommunen ein verlässlicher Partner sein. Das genau ist uns gelungen. 66 Millionen Euro Entlastung für die Kommunen im Rheinland sind eine gute Bilanz.

Aber wir gestalten diesen Haushalt auch, und wir bewegen eine der drängendsten Fragen, denen sich diese Gesellschaft stellen muss und für die wir als Politiker und Politikerinnen Antworten finden müssen. Das ist die Jugendarbeitslosigkeit.

Wir sind gefragt, Kindern und Jugendlichen optimale Startchancen zu geben, damit sie eine Perspektive, damit sie einen Platz in dieser Gesellschaft bekommen und damit natürlich auch unser Land zukunftsfähig bleibt. Dazu gehört neben einer qualifizierten Kinderbetreuung und einem durchlässigen, integrierten Schulsystem natürlich die Ausbildung als ein ganz zentraler Punkt. Ohne Ausbildung verbauen wir den Jugendlichen und den jungen Erwachsenen die Zukunft.

Deshalb sind wir an dieser Stelle auch sehr froh und stolz darauf, dass der Landschaftsverband Rheinland in Bezug auf die Ausbildungsplätze nicht nur an die Verantwortung Dritter appelliert, wie es die Industrie ja sehr oft tut, sondern dass wir selbst aktiv werden und bleiben.

Sie wissen alle: Der LVR bildet über den eigenen Bedarf aus und setzt einen Schwerpunkt in marktfähigen Berufen. Doch damit nicht genug; wir gehen weiter: Wir haben mit diesem Haushalt

eine Ausbildungsquote von sieben Prozent festgeschrieben. Das ist sehr ambitioniert, meine Damen und Herren, für eine öffentliche Verwaltung. Wir übernehmen damit Vorbildfunktionen für andere.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Dazu kommt noch eine Qualifizierungsquote von drei Prozent für Volontariate und Berufspraktika. Wir werden mit zehn zusätzlichen Plätzen das begehrte freiwillige ökologische Jahr ausbauen.

Herr Heidrich, wissen Sie, wenn Sie diesen Punkt jetzt auch zu kritisieren anfangen und den Teufel an die Wand malen, wir würden mit fünf zusätzlichen Qualifizierungsplätzen in der Verwaltung den Mitgliedskörperschaften die finanzielle Grundlage rauben, ist das ein Popanz, den Sie aufbauen und den keiner mehr ernst nehmen kann.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Zum Glück ticken die Uhren in den Fachausschüssen – ich habe es eben erwähnt – ja oftmals anders. So ist das auch im Landesjugendhilfeausschuss. Hier herrscht sehr großes Einvernehmen.

Ich freue mich besonders, dass der Populismus und die Geschichtslosigkeit in Bezug auf die Heimunterbringung hier noch keine Früchte tragen konnten; denn nach wie vor lehnen wir gemeinsam als Landschaftsversammlung fraktionsübergreifend die institutionelle geschlossene Unterbringung für Jugendliche ab.

Ich bin sehr froh, dass dieser Konsens, den wir in der vorletzten Wahlperiode erzielen konnten, weiter trägt. Ich glaube, es ist eine gute Lösung, die wir im Rheinland mit dem rheinischen Modell entwickelt haben. Ich wäre sehr froh, wenn es auf das ganze Land ausgebreitet und erweitert würde.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt nicht immer zur gleichen Zeit ein solches Einvernehmen; manchmal stellt sich das erst nacheinander her. Das ist bei dem Thema Klimaschutz der Fall.

Wir als Grüne fragen uns manchmal: Sollen wir uns bei diesem Thema ärgern, dass wir seit unserem Bestehen, seit 25 Jahren, auf die Risiken des immensen Ressourcenverbrauches unserer entwickelten Gesellschaft aufmerksam gemacht, aber kein Gehör gefunden haben? Wir wurden ja immer als diejenigen dargestellt, die Katastrophenszenarien entwickeln. Sollen wir uns ärgern oder froh sein? Wir entscheiden uns dazu, froh zu sein, dass dieses Thema endlich den breiten Raum einnimmt, der ihm gebührt.

Wir freuen uns, dass wir uns hier als Gestaltungsmehrheit der Verantwortung stellen, dass das beharrliche Ignorieren der Wirklichkeit jetzt ein Ende hat. Ich muss Ihnen leider berichten, dass das in den Beratungen im Landtag immer noch nicht der Fall ist.

Wir hatten vor zwei Monaten in der Debatte von den regierungstragenden Fraktionen noch einmal gehört, dass die Klimaveränderungen nicht menschengemacht seien, sondern dass kosmische Veränderungen von irgendwoher die Ursache seien. Keiner könne sich das erklären.

(Frau Kessing, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Wirklich unglaublich!)

Das ist eine Form von Wirklichkeitsverleugnung und Ignoranz, die unerträglich ist. Wir nehmen im Landschaftsverband unsere Verantwortung war.

Ich bin froh, dass wir das, was jetzt mit viel Lob in der EU unter Federführung von Frau Merkel vollzogen wird, im letzten Jahr bereits eingeleitet hatten, indem wir mit der Haushaltsverabschiedung beschlossen, die CO₂-Senkungen weiterzuführen und den CO₂-Ausstoß zu begrenzen.

In diesem Jahr setzen wir eines darauf: fünf Prozent Senkung des CO₂-Ausstoßes bei eindeutig vorgegebenen Kennzahlen. Das ist unser Ziel – und das jedes Jahr aufs Neue. Das heißt, ohne dass man sich mit Zins und Zinseszins besonders gut auskennen muss, wird deutlich, dass dieses Ziel über dem liegt, was die EU vereinbart hat. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Da wir gerade bei Umweltbildung sind: Eines unserer neuen Projekte ist die Bildung eines Netzwerkes Umwelt. Gemeinsam mit den biologischen Stationen im Rheinland wollen wir vor al-

lem in der Kulturlandschaftspflege und in der Umweltbildung Konzepte entwickeln. Das ist besonders wichtig, weil wir wissen, dass die Landesregierung die biologischen Stationen seit 2006 im Regen stehen lässt. Sie hat so drastisch gekürzt, dass sie kaum mehr aktionsfähig sind. Wir wollen in gemeinsamer Arbeit und in gemeinsamen Projekten diese Arbeit der biologischen Stationen weiter am Leben erhalten.

Meine Damen und Herren, auch wenn die Hauptaufgaben und die Hauptausgaben der Landschaftsverbände auf dem Sozialsektor liegen, so sind wir in der breiten Öffentlichkeit doch eher über unsere kulturellen Aktivitäten bekannt. Dabei muss ich mich etwas korrigieren: Die Arbeit unserer Museen ist sehr bekannt, aber oftmals ist überhaupt nicht klar, in welcher Trägerschaft sie liegen und dass wir, die Landschaftsverbände, es sind, die diese Museen eingerichtet haben und sie tragen.

Deshalb ist es wichtig, dass wir klarmachen: Wo LVR drin ist, muss auch LVR drauf stehen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, dass wir sehr klarmachen: Das ist unsere Arbeit. Deshalb möchten wir die vielversprechenden Initiativen des Kulturdezernates und des Presseamtes, die Arbeit des Landschaftsverbandes ins rechte Licht zu rücken, unterstützen. Wir denken, dass unsere Haushaltsanträge dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

Davon wird übrigens auch das Netzwerk Kultur profitieren, das jetzt an den Start gehen wird.

Meine Damen und Herren, die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen in den Lebensbereichen Wohnen und Arbeiten ist eine wesentliche, wenn nicht *die* zentrale Aufgabe des LVR. Knapp 2,2 Milliarden Euro werden in der Produktgruppe 5 – Soziales – bewegt; das sind immerhin rund 80 Prozent unseres Haushaltes.

Hier spielt die Musik sowohl sozial- als auch finanzpolitisch. Wir als Gestaltungsmehrheit haben diese Herausforderung angenommen. Die Zahl der Verwaltungsvorlagen und Antragsinitiativen belegt dies ja sehr eindrucksvoll.

Und wir sind sehr erfolgreich mit diesem Kurs. Wir sind so erfolgreich, dass andere Bundesländer mit Neid und Anerkennung auf uns schauen.

Wir haben es nämlich geschafft – zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik –, den Fallzahlenanstieg zu bremsen. Damit stehen wir in der Geschichte einmalig da. Das ist eine Leistung, auf die wir allesamt stolz sein können.

Hier zahlt sich aus, dass wir die letzten Jahre konsequent in Richtung „ambulant vor stationär“ umgesteuert haben, und vor allem der konsequente Ausbau des betreuten Wohnens und die Übertragung durch die rot-grüne Landesregierung auf uns sind hier der entscheidende Faktor.

Doch Wohnen ist der eine Teil, die Nachfrage nach Arbeit und Tagesstruktur der andere: Hier ist es so, dass leider auch im Rheinland wie überall in der Bundesrepublik die Fallzahlen und damit die Kosten weiter steigen. Der vielbeschworene Aufschwung zieht an diesen Menschen, an den Menschen mit Behinderungen, leider vorbei. Es ist sogar im Gegenteil so, dass die Arbeitsplatzchancen für Menschen mit Behinderung sich noch weiter verschlechtern.

Das wollen wir als Gestaltungsmehrheit nicht hinnehmen. Hier müssen wir reagieren, und hier reagieren wir mit dieser Haushaltsgestaltung. Wir erweitern das Arbeitsplatzangebot in Integrationsunternehmen – aus eigenen Mitteln, aus Mitteln des Bundesprogramms „Job 4000“ und des Europäischen Sozialfonds.

Wir wollen, dass die Werkstätten für Menschen mit Behinderung betriebsintegrierte Arbeitsplätze in Betrieben des allgemeinen Arbeitsmarktes ausbauen. Und wir wollen auch die Integrationsfachdienste optimieren.

Unser erklärtes Ziel ist, dass die Menschen mit Behinderung wirklich eine berufliche Chance erhalten. Wir hoffen, dass die Bundesagentur für Arbeit und die Argen es uns gleich tun und mit uns am gleichen Strang ziehen.

Meine Damen und Herren, schon im letzten Jahr habe ich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dezernates 7 versprochen, dass viel Arbeit auf sie zukommt. Dieses Versprechen haben wir gehalten. Das Dezernat hat in diesem Jahr sehr viel geleistet und war erfolgreich: Die früher als erwartet stagnierenden Platzzahlen im stationären Bereich sprechen eine deutliche Sprache.

Dafür möchte ich Frau Hoffmann-Badache als Dezernentin und auch Herrn Heuser als zustän-

digem Amtsleiter sehr herzlich danken; Herrn Heuser in ganz besonderer Form, weil er uns, wie wir wissen, leider zum Ende dieses Jahres verlassen wird. Herzlichen Dank! Geben Sie es bitte weiter an Ihre Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE
GRÜNEN, SPD und FDP)

Wir wünschen uns, dass dieser positive Trend, der durch die Rahmenzielvereinbarung eingeleitet wird, weiter fortgesetzt wird. Wir müssen die Bewohnerinnen und Bewohner der Heime zum Wechsel überzeugen: Raus aus dem Heim, rein in die Selbständigkeit und das ambulante betreute Wohnen.

Unsere Idee dabei ist eigentlich eine sehr einfache: Ehemalige Heimbewohnerinnen und -bewohner nehmen die Gelder, mit denen die Maßnahmepauschale ihres früheren Heimplatzes finanziert wurde, jetzt ins ambulante Wohnen mit. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist eine Form des selbstbestimmten Lebens für Menschen mit Behinderung, die wir ermöglichen. Und es ist ein weiterer qualitativer Schritt, den wir gehen.

Und natürlich auch im Gesundheitsbereich gilt das Prinzip „ambulant vor stationär“: Nachdem in den vergangenen Jahren unter dem Stichwort „Krankenhaus im Wandel“ vor allem die Strukturen innerhalb des Krankenhauses in den Blick gerückt sind, richtet sich unser Blick jetzt erneut auf das Zusammenspiel von Krankenhaus, teilstationären und ambulanten Angeboten. Wir möchten ganz gezielt Anreize schaffen für gemeindenahe Verbünde im Interesse der Patientinnen und Patienten.

Deshalb unterstützen wir Modellregionen, die dieses Konzept „Krankenhaus im Wandel“ entwickeln und psychisch Kranke zwischen den einzelnen Sektoren, zwischen den einzelnen Behandlungsschritten ambulant, teilstationär und stationär begleiten, sie nicht alleine lassen, sondern dort eine Behandlungskontinuität vorhalten.

Frau Lubek, das ist Ihr Arbeitsbereich. Sie sind neu an Bord. Dieses Konzept umzusetzen, ist uns eine Herzensangelegenheit, und wir legen Ihnen dieses Konzept deshalb besonders ans Herz. Es warten sehr große Herausforderungen auf Sie. Die Zukunft der Kliniken muss gesichert werden. Wir freuen uns als grüne Fraktion auf

die Zusammenarbeit mit Ihnen und wünschen Ihnen alles Gute dabei.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt nicht nur Erfolge, von denen man an dieser Stelle und am heutigen Tag sprechen muss, sondern es gibt auch einige erlebte Enttäuschungen. Ich muss sagen, dass die Landesregierung mit dem, wie sie bis jetzt agiert hat – das ist von allen Fraktionen schon genannt worden –, – –

(Detjen, PDS: Haben Sie etwas anders erwartet?)

– Nein, wir haben nichts anderes erwartet. Wir hatten gehofft, dass sie die Themen etwas rationaler bewegt. Wir müssen nun leider enttäuscht feststellen, dass das nicht der Fall ist.

Wir haben zum einen ein Kabinettsstückchen, wie man es nennen kann, demokratischer Fehlleistungen. Das ist der Referentenentwurf der Gemeindereform. Dadurch werden die Räte zugunsten der Bürgermeister massiv geschwächt, die Landkreistage genauso. Dabei bleiben Panaschieren und Kumulieren eine süddeutsche Kuriosität.

Aber damit nicht genug! Das Ende der kommunalen Betriebe wird eingeleitet; denn nichts anderes steckt hinter der Absicht, den § 107 der Gemeindeordnung zu reformieren.

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Meine Damen und Herren von der CDU, ich richte mich natürlich in dieser Frage ganz besonders an Sie.

(Lebhafte Zurufe von der CDU: An die SPD!)

– Das finde ich jetzt interessant, weil es sozusagen die Dynamik in der Landesregierung deutlich macht, dass wir sozusagen von außen richten müssen, was Sie als CDU-Fraktion im Landtag offenbar nicht durchsetzen können.

(Lebhafte Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN und Teilen der SPD)

Wir sprechen natürlich mit unseren FDP-Kollegen, und wir wissen, dass sie in dieser Frage eine andere Position haben. Aber die Hoffnungen liegen natürlich jetzt auf Ihnen. Wir wissen, dass viele von Ihnen den kommunalen Resolutionen zugestimmt haben. Aber, Herr Schittges, ich muss Sie ansprechen.

(Zuruf von Schittges, CDU)

Ich hoffe, dass nicht das, was Ihnen im Landtag vorgeworfen wird, nämlich Schizophrenie zu leben, der Fall ist. Das könnten Sie ja korrigieren.

(Zuruf von Einmahl, CDU)

Nämlich eines geht nicht: Man kann nicht zuhause gegen die eigene Regierung votieren, aber im Landtag nicht die Hand dagegen heben. Das geht nicht!

(Zustimmung bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP – Dr. Rolle, SPD: Das geht doch! Das sehen Sie ja!)

Wir wissen alle, was uns droht, wenn dieser § 107, wie ihn der Innenminister vorgeschlagen hat, umgesetzt wird. Deswegen kann ich nur noch einmal an die CDU appellieren, sich entsprechend eindeutig zu verhalten und in dieser Frage in der Koalition im Landtag nicht den Schwanz mit dem Hund wackeln zu lassen.

Die Landesregierung ist von gepflegten Vorurteilen gegen die Landschaftsverbände getragen. Das ist heute schon bemüht worden. Wir müssen immer wieder die von sehr viel Polemik und von sehr viel Bauch geprägten Äußerungen des zuständigen Staatssekretärs ertragen.

Auch wenn Herr Rüttgers sich bis jetzt immer noch so äußert, dass letztendlich die Verwaltungsstrukturreform unter einem kommunalen Vorzeichen stehen solle, lässt er Herrn Palmen und auch Innenminister Wolf bei dem gewähren, was uns ein großes Anliegen war, nämlich die Übertragung der Aufgaben der Versorgungsverwaltung.

Der Gesetzentwurf liegt jetzt auf dem Tisch, und allen Fachleuten – seien es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Versorgungsämter selbst, seien es die Fachverbände, der SoVD, der VDK oder Herr Laumann als zuständiger Fachminister – ist klar, dass die Aufgabe der Bewilligung des Schwerbehindertenausweises optimal zu dem

Aufgabenbestand der Landschaftsverbände, zu unserem Integrationsamt passt und dass sie deshalb auch hier am besten und optimal angesiedelt wäre. Nur: Im Kabinett wurde anders entschieden.

(Zustimmung bei Bündnis
90/DIE GRÜNEN)

Neben den fachlichen Aspekten wissen wir, dass es die kostengünstigere Lösung gewesen wäre. Das Gutachten, das der Landesrechnungshof dazu erstellt hat, spricht eine sehr deutliche Sprache. Wenn die Aufgabe auf die 54 Kreise und kreisfreien Städte übertragen wird, wird das teurer.

Aber interessant ist, dass dieses Gutachten wie eine Geheimsache verschlossen wird, damit keiner an das Papier herankommt. Wenn es Sie interessiert: Uns liegt es vor; ich kann es Ihnen gerne schicken. Darin wird nämlich deutlich, dass es die kostengünstigere Lösung wäre, wenn wir als Landschaftsverbände diesen Aufgabenbereich übernehmen.

Aber wir sehen, meine Damen und Herren: Der Landesregierung geht es nicht um eine optimale, kostengünstige und um eine von Sachargumenten getragene Entscheidung, hier geht es wirklich, Herr Heidrich – jetzt will er nicht mehr zuhören¹ –, um Machtpolitik nach Gutsherrenart, die von einem Innenminister, der zunehmend autistisch und abgeschlossen agiert, vollzogen wird.

Leider macht sein Kabinettschef Rüttgers bei diesem Spiel mit. Das ist für uns als Landschaftsverbände und für die betroffenen Menschen im Lande tragisch, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Die Verwaltung hat in diesen Verhandlungen sehr gut agiert. Ich möchte mich nachdrücklich bei Ihnen, Herr Landesdirektor Molsberger, dafür bedanken und wünsche Ihnen und uns weiterhin viel Erfolg auf diesem Feld, auf dass die Landesregierung sich doch noch auf den richtigen Weg begeben möge.

(Vereinzelter Beifall bei
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Landschaftsverbände machen ihre Arbeit gut und sie, Verwaltung und Politik, wollen immer besser werden. Wir nehmen Analysen Dritter über unsere Stärken und Schwächen ernst. Dort, wo es Verbesserungsbedarf gibt, wo Kosten gesenkt werden müssen, Strukturen überdacht werden müssen, haben wir das notwendige Problembewusstsein.

Wir wissen auch, dass das für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter oftmals kein einfacher Prozess ist. Das sehen wir wohl. So wäre es nach diesem wirklich großen Kraftakt, den die Verwaltung bei der Einführung des NKF zu meistern hatte, jetzt an der Zeit, dass sie eine Ruhepause erhalten. Sie wäre sicherlich willkommen, aber ich kann es ihnen leider nicht versprechen.

Auch unser Anliegen, das NKF, das Vorzeigestück des LVR, noch ein bisschen funkelnder machen wollen, wird für sie mit Arbeit verbunden sein. Ich verweise darauf, dass der Landschaftsverband in Sachen Gleichstellung im bundesweiten Vergleich führend war und ist.

Wir haben die Vereinbarung zum „gender mainstreaming“ als letzten Baustein hinzugefügt. Was läge näher, als in Zeiten des NKF konsequent weiter zum „gender budgeting“ zu schreiten?

Und wir wollen genau wie vor 21 Jahren, als wir bundesweit die erste Körperschaft waren, die eine Gleichstellungsstelle einrichtete, weiterhin Vorreiterin sein und auch jetzt wieder die Nase ganz vorne haben: „Gender budgeting“ ist ein Weg, Gleichstellung konsequent umzusetzen.

Wir stellen die Frage: Wohin fließen die Ressourcen des LVR? Profitieren Frauen und Männer gleichermaßen? Wenn nein, welche Gründe hat dies? Das hilft uns letztendlich, gezielter und kostengünstiger agieren zu können.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ampelkoalition hat mit ihren Haushaltsinitiativen und mit diesem Haushalt wieder mal ihre Kreativität, ihren Fleiß und ihre Handlungsfähigkeit unter Beweis gestellt. Wir arbeiten sehr gut und sehr verlässlich zusammen.

Ich muss sagen: Ich finde es immer wieder angenehm, dass eines unserer größten Probleme das der Terminfindung ist und dass dies keine inhaltlichen Fragen sind. Daher möchte ich mich besonders herzlich bei dir, Jürgen Rolle, und bei

¹ Heidrich, CDU, ist nicht an seinem Platz.

dir, Bernd Paßmann, für die gute, für die verlässliche und für die kreative Zusammenarbeit bedanken.

(Beifall bei Bündnis 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Zur CDU muss ich sagen: Es ist eigentlich schade, dass sich Ihre positiven Ansätze, die wir in den Fachausschüssen hatten, wo sehr viele Beratungen einvernehmlich liefen und wo Sie Zustimmung zu unseren Anträgen signalisierten, jetzt nicht durchziehen. Sie haben sich so entschieden.

Herr Heidrich, das Argument, dass wir mit unseren Anträgen den Haushalt über Gebühr belasten würden, zieht nicht. Wir haben mit der Umlagesenkung natürlich einen sehr großen Schritt gemacht. Wir haben mit den weiteren 20 Millionen Euro, die wir den Kommunen erlassen, eine starke Haushaltsbelastung. Wir sind überzeugt davon, dass die Verwaltung die 1,6 Millionen Euro Belastung – es sind 1,6 und nicht fünf Millionen Euro – durch unsere Haushaltsanträge durch ihre Tätigkeit gut regeln wird.

Und wir haben ein striktes Controlling dazu. Auch das haben wir verabredet und abgestimmt. Sie müssen also keine Bange haben, dass der Haushalt zukünftig nur noch durch den Kämmerer bestimmt und verwaltet wird. Sie können völlig ohne Sorge sein; wir halten unseren Blick verantwortlich darauf.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt gestalten wir die Politik des Landschaftsverbandes sozial und ökologisch. Wir bleiben ein verlässlicher Partner für die rheinischen Kommunen.

Ich kann nur sagen: Ich hoffe, dass diese Stärke, dieses starke Stück NRW, das wir mit den Landschaftsverbänden bilden, auch endlich in Düsseldorf bei der Landesregierung wahrgenommen wird und dass diese irrationale, von persönlichen Ressentiments geprägte Haltung endlich einer rationalen Politik im Sinne der Bürgerinnen und Bürger Platz macht.

Wenn das so sein wird und letztlich die Vernunft siegt, muss uns allen um die Existenz unserer Landschaftsverbände nicht bange sein. – Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei Bündnis 90/
DIE GRÜNEN, SPD und FDP)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Für die FDP spricht Herr Runkler.

Runkler (FDP): Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Wilhelm! Sehr verehrte Frau Vorsitzende Lubek! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute liegt der dritte Haushalt vor, den die Gestaltungsmehrheit im LVR zu verantworten hat.

Die Entwicklung könnte nicht eindeutiger und schon gar nicht erfreulicher sein: Umlagestabilität im ersten Jahr; dann 2006 Senkung um 0,2 Punkte, verbunden mit einem Eckpunktebeschluss, der den Kommunen langfristig Planungssicherheit gibt.

Heute folgt die deutliche Senkung des Umlagesatzes um weitere 0,6 Punkte. Der Erfolg spricht für sich.

Und dieser Erfolg zeichnete sich bereits im vergangenen Jahr ab. Der Schuldenabbau konnte erstmals begonnen werden und fiel am Jahresende sehr viel deutlicher als geplant aus. Herrn Ersten Landesrat Voigtsberger sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gebührt dafür besonderer Dank.

Ohne Qualitätseinbuße konnten Sparziele verwirklicht und Chancen zur Konsolidierung genutzt werden. Diesen Aufwind wollen wir nutzen.

Mit der Senkung des Umlagesatzes bleiben wir verlässlich auf dem eingeschlagenen Kurs. Wir entlasten die Mitgliedskörperschaften, zugegeben: bis an die Grenzen unserer Möglichkeiten. Aber wir verlieren dabei den Schuldenabbau nicht aus dem Auge. Auch dies im Interesse der kommunalen Familie.

Die FDP ist überzeugt, dass auch im laufenden Jahr ein weiteres deutliches Stück von einem Schuldenberg abgetragen werden kann, der noch immer etwa doppelt so hoch wie bei unserem westfälischen Schwesterverband ist.

Verursacht wurde dies in den ersten Jahren des Jahrzehnts mit geradezu ungebremster Dynamik, weil der LVR zur Entlastung der gebeutelten

kommunalen Haushalte Kredite aufnehmen, ohne damit Vermögen zu schaffen. Sie wissen das, auch die CDU natürlich, die seinerzeit Verantwortung trug und die ich jetzt etwas aus dem Paralleluniversum herausreißen muss, das Herr Heidrich – herzlichen Glückwunsch zum Geburtstag! – hier vorgetragen hat.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Auch die CDU weiß das, die damals die Verantwortung getragen hat und sich bei der heutigen Etatverabschiedung einen schlanken Fuß macht.

Doch die Trendumkehr ist nun geschafft. In der großen Schicksalsfrage der Landschaftsverbände, nämlich der Entwicklung der Eingliederungshilfe, zeichnet sich der Durchbruch ab. Es besteht kein Zweifel, dass viele Menschen mit geistiger oder seelischer Behinderung in Heimen einfach falsch untergebracht sind. Fachleute schätzen deren Anteil auf ein Viertel bis zu einem Drittel!

Der LVR hatte dies frühzeitig erkannt. Bereits im vergangenen Jahrzehnt wurde das ambulant betreute Wohnen gefördert, damals noch als freiwillige Leistung. Die Landschaftsverbände haben die neu übertragene Zuständigkeit gut genutzt. Mehr Selbstständigkeit, mehr Normalität und mehr Selbstbestimmung haben die Kostenentwicklung deutlich gebremst – und das trotz kontinuierlich ansteigender Fallzahlen.

Durch diesen nordrhein-westfälischen Sonderweg sind die Kosten für die Eingliederungshilfe in sechs Jahren hierzulande um 25 Prozent, in den übrigen Bundesländern dagegen um rund 35 Prozent angestiegen.

Unsere Gestaltungsmehrheit mit SPD und Grünen setzt deshalb das Anreizprogramm „ambulant vor stationär“ mit noch mehr Entschlossenheit fort. Die Zwischenbilanz gibt uns Recht und ermutigt uns.

Ein zunächst noch deutlicher Zuwachs an Heimplätzen stagniert mittlerweile; der Anteil des betreuten Wohnens steigt kräftig an. Seit wenigen Monaten sinkt zum ersten Male die Zahl der Leistungsempfänger in Heimen freier Träger leicht. In diesem Jahr werden schon 400 Heimplätze entfallen können.

Auf diesem Erfolgsweg können die Landschaftsverbände auch durch die Rahmenvereinbarung mit der Wohlfahrtspflege, die bereits angeführt wurde, weiter voranschreiten. Dass dies möglich wurde, danken wir nicht zuletzt dem hohen persönlichen Engagement von Frau Landesrätin Hoffmann-Badache und Herrn Landesdirektor Molsberger.

Und wir fühlen uns an das Versprechen gebunden, dass der LVR bei diesem Umsteuerungsprozess in seinen eigenen Einrichtungen Vorbild sein will: zum Wohle der betreuten Menschen und zur Bändigung des Kostenanstiegs.

2010 wird es nach unserer Überzeugung keine Alternative dazu geben, das betreute Wohnen dauerhaft den Landschaftsverbänden anzuvertrauen – jedenfalls dann nicht, wenn beim Land gute Argumente zählen sollten und die Leistung anerkannt wird, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR für die kommunale Familie und für die anvertrauten Menschen erbringen.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und diese herausragenden Leistungen erbringen sie unter oft schwierigen Bedingungen, bei gedeckelten Personalkostenbudgets.

Der Eckpunktebeschluss aus dem vergangenen Jahr gilt weiterhin, und er zeigt Wirkung; er hat Erfolg. Auch dies sichert die Zukunft des LVR und seiner Arbeitsplätze.

Wir danken Frau Landesrätin Hötte für ihr umsichtiges und kompetentes Personalmanagement wie auch für die entschlossene Organisationsoptimierung.

(Beifall bei FDP, SPD und
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Ganz besonderer Dank, Frau Hötte, gilt auch Ihrem Engagement für die Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive, die wir im vergangenen Jahr mit dem Dreiklang aus

- erstens zusätzlicher Ausbildung über den eigenen Bedarf hinaus,
- zweitens der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses durch Volontariate und

- drittens der Einleitung eines Traineeprogramms für Humanwissenschaftlerinnen und -wissenschaftler

eingeleitet haben.

Gegen Letzteres lief die Opposition noch Sturm – verblüffenderweise auch heute –; jetzt aber bekunden hochkarätige Einrichtungen wie die Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungvereinfachung – KGSt – Interesse an Kooperationen. Die wollen wir im nächsten Jahr ja auch möglicherweise mit LWL und Mitgliedskörperschaften eingehen.

Meine Damen und Herren, mit diesem Haushalt verstetigen und verstärken wir diese Anstrengungen in der Ausbildung noch, natürlich nicht zulasten der Personalkostenbudgets, also nicht zulasten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landschaftsverbandes. Wir verschaffen so jungen Menschen Zukunftsfähigkeit und neue Chancen, sich selbst fortzuentwickeln und zu beweisen.

Davon wird natürlich auch der LVR durch frische Perspektiven und unkonventionelle Gedanken profitieren.

Zukunftssicherheit wollen wir auch für unsere Rheinischen Kliniken. Qualität der medizinischen Versorgung, mehr Zusammenarbeit in der Region, weniger zähe Abstimmungen und Abläufe im Verwaltungsprocedere, gesteigerte Wirtschaftlichkeit: Ziele des Prozesses, der bereits Fahrt aufnimmt.

Erfreut registrieren wir jetzt schon, dass Frau Landesrätin Lubek den gewünschten frischen Wind für den LVR mitbringt. Ich kann gut verstehen, dass manche Kolleginnen und Kollegen aus der CDU-Opposition ihre ablehnende Wahlentscheidung gerne ungeschehen machen würden.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Zukunft schmiedet die LVR-Gestaltungsmehrheit auch bei der Netzwerkbildung im Kulturbereich, für die wir Liberalen uns besonders ins Zeug legen. Wir danken Frau Landesrätin Karabaic für die besonnene Hartnäckigkeit und das faire Durchsetzungsvermögen, das sie im Dialog mit den oft schwierigen Gegenübern vor Ort beweist.

Wir wollen den Erfolg. Wir sagen aber auch aktuell in Richtung Essen, Solingen und – ja – natürlich auch Brühl, dass sich Netze nur dann erfolgreich knüpfen lassen, wenn niemand sich allzu sehr vom eigenen Vorteil leiten lässt.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, den Netzwerkgedanken wollen wir, auch im Blick auf die Biologischen Stationen, auf den Umweltbereich ausdehnen. Sie haben es bereits gehört.

Dazu gibt es in diesem Jahr einen kraftvollen Einstieg. Wir setzen auf Kooperationen mit den eigenen Aufgaben des Landschaftsverbandes in der Kulturlandschaftspflege und in der Umweltbildung.

Dabei können und wollen wir nicht die Kürzung von Landesmitteln kompensieren, aber wir wollen neue Wege aufzeigen und schädlichen Entwicklungen entgegensteuern. Die sehen wir zum Beispiel darin, dass die Biologischen Stationen Westliches und Östliches Ruhrgebiet in Oberhausen und Herne, die ohnehin mit die größten im Lande sind, was etwa Einzugsbereiche und Bevölkerungszahl angeht, von Düsseldorf in die Fusion genötigt werden sollen. Auch hier scheint das Lammert-Dogma von der Dreiteilung des Landes den klaren Blick für das inhaltlich und finanziell Vertretbare zu vernebeln.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Überhaupt die Dreiteilung: Kein Mensch kann sich vorstellen, warum drei Landschaftsverbände ökonomischer als zwei arbeiten sollten.

(Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Und den dritten müsste man gleichsam aus dem Boden stampfen, in Wahrheit natürlich Tausende Beschäftigte aus Köln und Münster und auch den anderen Standorten der Regierungspräsidien ins Ruhrgebiet verpflanzen.

(Klein, FDP: So ist es!)

Der Regionalverband Ruhr taugt da nicht einmal als Nukleus; denn allein der LVR hat einen Etat mit dem fünfzigfachen Volumen des RVR-Haushalts.

Wer behauptet, für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des LVR würde sich bei der Amputation zugunsten einer Dreiteilung so gut wie nichts ändern, kann entweder nicht zählen oder sagt nicht die Wahrheit.

(Zustimmung bei der FDP)

Überdies, meine Damen und Herren – und das ist ein beschämendes Thema für Liberale –, scheint es der Landesregierung auch weniger um die Stärkung der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung als um die Garnierung staatlich gesteuerter Regionalpräsidien mit ehemals selbstverwalteten Zuständigkeiten zu gehen, vielleicht mit einem Kommunalbeirat aufgehübscht.

(Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Staatssekretär Palmen ist da immer deutlich und aufrichtig, während Kommunalminister Dr. Wolf gerne betont, es sei noch nichts entschieden. Ein glühendes Bekenntnis zur kommunalen Selbstverwaltung und zu starken Kommunalverbänden stellt man sich gern anders vor.

Allein der Gedanke, Liberale könnten mitschuldig werden an einer Verstaatlichung der kommunal geprägten Regionalebene, lässt erschauern.

(Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Freiherr vom Stein, meine Damen und Herren – Bernd Paßmann hat es oft genug mahnend gesagt –, würde sich im Grabe umdrehen.

(Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Die Gefahr von außen ist somit noch nicht gebannt. Schade, dass sich die große Oppositionsfraktion dem Schulterschluss beim Haushalt diesmal wieder verweigert. Und schade, dass die Begründung so fadenscheinig ausfällt.

Natürlich muss man das Neue Kommunale Finanzmanagement nicht für ein Allheilmittel halten. Zugegeben: Es ist kein Zufall, dass der Landtag die kaufmännische Buchführung, also die Doppik, für die Kommunen einführt, für das Land aber noch nicht; denn die Landtagsabgeordneten wollen sich nicht zu früh selbst entmachen.

Die Steuerung vollzieht sich nämlich nicht mehr über Haushaltsansätze und deren Veränderung, wie wir es in der Kameralistik gewohnt waren. Da machte auch die Frage nach Beträgen und Deckungsvorschlägen noch Sinn. Jetzt sind die beiden Teilbände des Etats zusammen dünner als früher ein Haushaltshalbband.

Und die Ressourcen sind eine, aber eben nur eine Stellschraube neben den Zielen und Kennzahlen, die mehr Gewicht erlangen und künftig die Etatberatungen noch mehr dominieren werden.

(Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben Sie anscheinend noch nicht bemerkt, oder Sie wollen es nicht akzeptieren. Aber reicht es Ihnen denn, kryptisch zu raunen, dass Sie ja in vielem den Anträgen der Ampelkoalition inhaltlich beipflichteten, aber den kameralistischen Deckungsvorschlag doch von Herzen vermissten? Nein, so funktioniert Haushaltssteuerung nicht mehr,

(Zustimmung bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

und bereits das letzte Haushaltsjahr sollte Ihnen genug Anschauungsmaterial im allerbesten Sinne geliefert haben.

Und was haben Sie nicht an Anträgen abgelehnt mit diesem Ihrem Totschlagargument! Sie haben sogar Kennzahlen abgelehnt, die nichts kosten – ganz gewiss nichts. Sie haben ein Controlling abgelehnt, das geradezu Herzstück des NKF ist.

Und Sie haben die Ressourcensteuerung abgelehnt, die genau das bewirkt, was Sie eigentlich einzufordern vorgeben. Kurz und leider nicht gut: Sie machen die Kameralistik zu einem Räppelchen, von dem Sie sich nicht trennen wollen, obwohl Sie dem Laufstall längst entwachsen sind.

(Heiterkeit und Beifall bei FDP, SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN – Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Das reicht auch nicht, Herr Runkler!)

Ich habe wenig Hoffnung, Sie noch umstimmen zu können, aber wenn Ihnen Ihre eigenen Argumente ernst und lieb wären, müssten Sie, ver-

ehrte Damen und Herren von der CDU, dem Haushalt zustimmen.

Im letzten Jahr sind Sie über Ihren Schatten gesprochen; das hat dem LVR und Ihnen gleichermaßen gutgetan. Die damalige Signalwirkung droht jetzt zu verpuffen. Vielleicht ist das auch die Absicht.

Nur die Umlagesenkung mitzutragen ohne die Haushaltsentscheidungen, die damit untrennbar verknüpft sind, ist inkonsequent und schwach. Und diese Schwäche wird nicht morgen bereits vergessen sein.

Die Gestaltungsmehrheit unserer Ampelkoalition kann und wird den Haushalt 2007 auch alleine verantworten. Und die FDP-Fraktion trägt ihn gerne und aus Überzeugung mit, in Verantwortung für die Menschen, die der LVR betreut, ebenso wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in gemeinsamer Anstrengung die Zukunft der kommunalen und regionalen Selbstverwaltung sichern. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei FDP, SPD
und Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Für die Gruppe Die Linke.PDS spricht nun Herr Detjen.

Detjen (Die Linke.PDS): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Im letzten Jahr kuschelte sich die CDU in die Ampel. In diesem Jahr schickte sie ihre Landräte ins Gefecht. Flugs knickte die Ampel ein; die Landschaftsumlage wurde noch mal von 16,7 auf 16,5 Prozent gesenkt und der Kämmerer mit seiner Haushaltspolitik im Regen stehen gelassen.

(Oh! bei der SPD)

Aus der Kämmerei hört man, dass eine außerordentliche Schuldentilgung nicht mehr möglich ist und die ordentliche Tilgung schwierig sei.

Dabei hatte die ganz große LVR-Koalition mit der CDU im Rahmen der letzten Haushaltsberatungen ein Eckpunktepapier verabschiedet. Dort ist zu lesen – ich zitiere –:

Mittel und langfristig erzielte Ergebnisverbesserungen sind zur Entschuldung zu verwenden.

Zitatende.

Sie verstoßen doch gegen Ihr eigenes Eckpunktepapier. Sie wollten damit langfristige Sicherheit schaffen. Und was haben Sie getan: Sie haben den ersten Landesrat, Herrn Voigtsberger, nicht nur bloßgestellt, sondern bei Ihnen wird die Landschaftsumlage wie auf dem Basar offen gehandelt. Und in den Medien sprechen Sie von „solider Haushaltswirtschaft“.

War der Vorschlag der Kämmerei, die Landschaftsumlage auf 16,7 Prozent zu senken, eigentlich unsolide? Wir meinen das eigentlich nicht!

(Beifall von Busche, Die Linke.PDS –
Paßmann, FDP: Was wollen Sie denn?)

Mit dieser Senkung suchen Sie angeblich den Schulterchluss mit den Kommunen. Wir würden eher sagen, Sie haben Angst vor ihrer eigenen Courage.

Zwei CDU-Landräte, die auch hier in der Landschaftsversammlung sitzen, sind dem LVR in den Rücken gefallen. Und die Ampel hat praktisch die Segel gestrichen und klein beigegeben. Sie buhlt ja immer noch um die CDU, wie Sie das hier erleben konnten.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE
GRÜNEN: Das will doch keiner!)

Und dann hat die CDU noch die Dreistigkeit und stimmt gegen den Haushalt und spricht der Ampel das Recht ab, den Haushalt zu gestalten, was ja normal ist. Wenn man eine Koalition bildet und wenn man Politik macht, muss man ja den Haushalt gestalten – und wenn es nur fünf Millionen Euro sind.

Faktisch hat ja die CDU, wenn man es so betrachtet, über diese zwei Landräte 22,5 Millionen Euro Umlagesenkung durchsetzen können. Damit hat die CDU praktisch mehr durchgesetzt als die Ampelvorschläge insgesamt, wenn man sie summiert.

(Zuruf von der SPD: Was für ein Skandal!)

Insofern meine ich, meine Damen und Herren von der Ampel, Sie wären besser und billiger vorgefahren, würden Sie gleich mit der CDU koalieren. Dann können Sie sich die armen und traurigen Reden ersparen.

Nicht, dass ich mir das wünsche, aber wenn man Ihre Verhandlungsstrategie summiert, kommt man auf das Ergebnis, dass 22,5 Millionen Euro für die CDU ganz schön heftig sind. Damit haben Sie ganz schön etwas hergegeben.

(Dr. Rolle, SPD: Das wusste die CDU noch gar nicht!)

– Das wussten die noch gar nicht, ja. Aber man kann es ausrechnen, Herr Rolle.

Bei den letzten Haushaltsberatungen, meine Damen und Herren, haben Sie unseren Antrag auf Wiedereinführung der Weihnachtsbeihilfe abgelehnt. Trotzdem gibt es die Weihnachtsbeihilfe wieder. Die Bundesregierung hat den 8.600 Menschen, die beim LVR Widerspruch eingelegt haben, aber auch der Gruppe Die Linke im LVR Recht gegeben. Das freut uns.

Die Überheblichkeit vieler von Ihnen, aber auch der Verwaltung, war schon bezeichnend: „Wie kann man Heimbewohner noch fördern? Ambulantes Wohnen muss unterstützt werden“ war da zu hören. Darum ging es aber nicht!

Der Protest war groß, weil vielen Menschen ein Stück Anerkennung genommen wurde. Die Verwaltung, aber auch die Landschaftsversammlung hat diese Leute vor den Kopf gestoßen. Auch die diversen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände waren sauer. Dieser Fehler hat den Prozess „Ambulant vor stationär“ nicht gerade beschleunigt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe geht inzwischen bis 2010 von einer Steigerung der Fallzahlen von 38 Prozent aus. Das liegt meines Erachtens deutlich über den LVR-Prognosen.

Die Ampelkoalition hat für diesen Haushalt zahlreiche kleine Anträge eingebracht, die „ambulant vor stationär“ fördern sollen.

(Frau Asch, Bündnis 90/
DIE GRÜNEN: Richtig lesen!)

Wir finden diese Anträge in Ordnung. Wir hätten uns gewünscht, in diese Richtung noch mehr zu investieren und emanzipatorische Projekte zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in viel größerem Umfang vorzuhalten.

Wir brauchen solche Projekte, weil es auch Vorbehalte und Kritik gibt, der LVR wolle durch ambulantes Wohnen nur die Kosten senken. Die vorliegenden Ampel-Anträge lassen in vielen Fällen die Finanzierung einfach offen.

Daran können Sie meines Erachtens sehen, dass es klüger gewesen wäre, die Landschaftsumlage nicht ein zweites Mal zu senken.

Wir glauben, dass die Zeit für eine breite gesellschaftliche Diskussion gekommen ist. Wir müssen verhindern, dass ambulantes Wohnen in Einsamkeit und Isolation endet. Wir müssen erreichen, dass die Beschäftigten in den Pflegeberufen besser qualifiziert und besser bezahlt werden und in ihrem langfristigen Berufsleben auch rotieren können.

Wir müssen zum Beispiel erreichen, dass behindertengerechte Wohnungen in viel größerem Umfang überhaupt gebaut werden, damit es dezentrale kleine Einrichtungen geben kann.

Es gibt vonseiten der Wohnungsbaugenossenschaften viele kleine innovative Projekte. Ich glaube, damit müssen wir uns in Zukunft intensiver auseinandersetzen.

Eine solche breite gesellschaftliche Diskussion könnte auch in der Auseinandersetzung um die Landesstrukturreform von Nutzen sein.

Die Zerschlagung der Versorgungsämter durch die CDU/FDP-Landesregierung macht deutlich: Sozialpolitische Fachargumente interessieren den selbsternannten Arbeiterführer Rüttgers überhaupt nicht.

(Zustimmung von
Busche, Die Linke.PDS)

Auch nicht harte Fakten: Dass die Zerschlagung der Versorgungsämter den Steuerzahler teuer zu stehen kommt – all das interessiert ihn nicht.

(Zustimmung von
Busche, Die Linke.PDS)

Rüttgers will einen ideologischen Umbau, eine weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Durch die Änderung der Gemeindeordnung will Rüttgers den Grundsatz „privat vor sozial“ durchboxen und den Landschaftsverbänden das kommunale Wirtschaften erschweren.

(Ensmann, CDU: Erzähl nicht so 'nen Quatsch! – Heiterkeit bei den anderen Fraktionen)

Die Linke in NRW wird ihren Beitrag zur Verteidigung sozialer Grundstrukturen, Herr Ensmann – und dazu gehören der LVR und der LWL –, leisten. Das würden wir gerne mit der SPD und mit den Grünen gemeinsam unternehmen, aber auch mit kritischen Christdemokraten und kritischen Freidemokraten, den Gewerkschaften und vielen sozialen Initiativen.

Zurück zu unseren aktuellen Haushaltsdiskussionen. – Wir hatten bei den letzten Haushaltsberatungen eine feste Ausbildungsquote gefordert. Nun führen Sie nach unserer Initiative tatsächlich eine solche Quote ein,

(Zuruf von Frau Asch,
Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

die bei sieben Prozent liegt, so wie beim Regionalverband Ruhr. Das ist ein großer Erfolg für alle Jugendlichen, die auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind. Vielen Dank für diese Beschlüsse!

Wenn der LVR viel mehr selbst ausbildet, kann er die künftige Beschäftigtenstruktur besser steuern; denn wir brauchen mehr Beschäftigte mit Migrationshintergrund. Gerade in Dienststellen und Behörden mit Publikumsverkehr brauchen wir Beschäftigte, mit denen sich Migranten als Adressaten der Dienstleistung identifizieren können. Dafür muss der LVR nun endlich den Migrationshintergrund der Beschäftigten statistisch erfassen. Einzelne Kommunen tun das bereits mit Erfolg. Wir haben es bis jetzt noch nicht geschafft. Ich glaube, das wäre nötig.

Der LVR hat in seinen Einrichtungen 92 so genannte Ein-Euro-Jobs. Wir lehnen Hartz IV ab.

(Beifall von Busche, Die Linke.PDS)

Wir bitten die Verwaltung, diesen Personen die Möglichkeit zu eröffnen, eine so genannte Ent-

geltvariante einzugehen. Damit wären die Beschäftigten zeitlich befristet tariflich bezahlt und sozial versichert. Psychologisch ist nicht zu unterschätzen, dass diese Leute ihre Anerkennung erhalten.

Im Rahmen der Kulturhauptstadt Ruhr 2010 leistet der LVR mit seinen Rheinischen Industriemuseen einen wichtigen Beitrag. So ist vorgesehen, „Krieg und Frieden“ und „Erinnern und Vergessen“ zu thematisieren. Wir wünschen uns, dass auch der Gesichtspunkt des „Widerstandes“ im Faschismus behandelt wird.

Das muss die Bundesrepublik noch vielfach aufarbeiten. Erinnert sei zum Beispiel an die Entschädigung der Deserteure.

(Beifall von Busche, Die Linke.PDS)

Wir unterstützen die Verwaltung in ihrer kritischen Einstellung gegenüber PPP-Finanzierungsmodellen. Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie und Wirtschaftlichkeitsprüfung kommt die Verwaltung zu dem Urteil – ich zitiere –:

Aus den genannten Gründen erscheinen PPP-Projekte ... für den LVR derzeit nicht wirtschaftlich.

Zitatende.

(Zustimmung von
Busche, Die Linke.PDS)

Diese nichtöffentliche Vorlage sollte jedes LVR-Mitglied unbedingt studieren, um auch auf kommunaler Ebene derartige Positionen besser vertreten zu können.

Wir lehnen die Umwandlung der Kliniken in Anstalten öffentlichen Rechtes oder gar einer Privatisierung entschieden ab und sehen uns da im Bündnis mit den Personalräten und ver.di.

In einigen Wochen soll ein Gutachten, das die Ampel in Auftrag gegeben hat, vorliegen. Dann wird die Diskussion erneut aufbrechen. Halten Sie das von der Ampel für taktisch klug?

Wir brauchen jetzt keinen Streit, sondern eine gemeinsame Politik für den Erhalt des LVR.

(Beifall von Busche, Die Linke.PDS – Zuruf von Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN)

Der Schulausschuss hat sich auf unsere Initiative hin entschlossen, Kindern von Empfängerinnen und Empfängern von Arbeitslosengeld II vom Eigenanteil bei den Lernmitteln und bei den Schülerfahrkosten zu befreien. Faktisch hat der LVR freiwillig Leistungen übernommen, die das Land gestrichen hat.

Und ich weiß nicht, wer von Ihnen allen den Brief von Ministerpräsident Rüttgers an Herrn Molsberger gelesen hat. Ministerpräsident Rüttgers besitzt noch die Dreistigkeit, uns für diesen Schritt zu gratulieren.

(Zustimmung von
Busche, Die Linke.PDS)

Meine Damen und Herren, bei der Umstellung auf NKF erging es uns so ähnlich wie bei der Umstellung von D-Mark auf Euro. Auch die Verwaltung hat arg gelitten. Trotzdem vielen Dank, dass Sie uns zu jeder Tageszeit mit Rat und Tat zur Seite standen.

(Frau Kessing, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Tageszeit? Echt? – Frau Asch, Bündnis
90/DIE GRÜNEN: So ist sie!)

– Tageszeit, genau, auch wenn sie stark beansprucht war.

(Frau Asch, Bündnis 90/DIE GRÜNEN:
Das ist das demokratische Bewusstsein
bei der Verwaltung!)

Zum Schluss möchte ich sagen: Wir werden uns bei diesem Haushalt aus zwei Gründen enthalten. Wir halten die erneute Senkung der Landschaftsumlage für falsch. Wir halten aber viele Projekte der Ampel für vernünftig, richtig und klug. Deswegen wollen wir das würdigen und nicht einfach gegen den Haushalt stimmen, sondern uns enthalten.

Sie haben ja auch das eine oder andere Projekt von uns mit untergebracht. Das wollen wir auch würdigen. – Danke schön.

(Beifall von Busche, Die Linke.PDS)

Vorsitzender Dr. Wilhelm: Meine Damen und Herren, gibt es weitere Wortmeldungen zur allgemeinen Aussprache, bevor ich zum **Tagesordnungspunkt 5.3** überleite? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich diesen Punkt auf. Es geht um den

**NKF-Haushalt 2007:
Haushaltssatzung/Umlagesatz**

– Antrag Nr. 12/180 von SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP –

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung am 23. März 2007 den Antrag beraten und einstimmig beschlossen.

Gibt es zum Umlagesatz Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Danke sehr. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Bei zwei Gegenstimmen (Die Linke.PDS) ist im Übrigen so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 5.4:

**Haushaltssatzung des LVR mit NKF-
Haushaltsplan, Stellenplan und sonstigen
Anlagen für das Haushaltsjahr
2007**

– Vorlage Nr. 12/2220/1 –

Diese Vorlage enthält das Beratungsergebnis des Landschaftsausschusses vom 23. März und lag in den heutigen Fraktionssitzungen aus. Die beiden Herren von der PDS haben sie auf den Tischen vorgefunden.

Der Landschaftsausschuss hat in seiner Sitzung ebenso beraten und mehrheitlich empfohlen, gemäß der Vorlage zu beschließen.

Gibt es hierzu den Wunsch auf Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall.

Wir kommen dann zur Abstimmung. Wer der Vorlage zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist der **Haushalt** mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, FDP, Bündnis 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der PDS und Gegenstimmen der CDU-Fraktion **beschlossen**.

(Lebhafter Beifall bei SPD, Bündnis
90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ich rufe jetzt die einzelnen Wirtschaftsplanentwürfe auf, zunächst

Punkt 5.5:

Wirtschaftsplanentwürfe 2007

5.5.1: Wirtschaftsplanentwurf 2007
– LVR InfoKom
– Vorlage Nr. 12/2063/1 –

Auch hier hat der Landschaftsausschuss am 23.03.2007 beraten und einstimmig empfohlen, entsprechend der Vorlage Nr. 12/2063/1 zu beschließen.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Punkt 5.5.2:

Wirtschaftsplanentwurf 2007
der Jugendhilfe Rheinland

– Vorlage Nr. 12/2053/1 –

Ich nehme Bezug auf die Beschlüsse und das einstimmige Abstimmungsergebnis des Landschaftsausschusses vom 23. März.

Wünscht jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir **einstimmig** so **beschlossen**.

Punkt 5.5.3 sind die

Wirtschaftsplanentwürfe 2007 sowie Ver-
änderungsnachweise zu den Wirtschafts-
plänen der Rheinischen Kliniken

– Vorlage Nr. 12/2148 –

Das gleiche Verhandlungsergebnis des Landschaftsausschusses vom 23. März.

Das Wort wird nicht gewünscht?

Stimmt jemand gegen den Entwurf? – Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. **Einstimmig** so **beschlossen**.

Unter **Punkt 5.5.4** geht es um den

Wirtschaftsplanentwurf 2007
des Servicebetriebes Viersen

– Vorlage Nr. 12/2184 –

Der Landschaftsausschuss: Beschluss vom 23. März. Das ist die Beratungs- und Beschlussgrundlage.

Wortmeldungen sind nicht gewünscht.

Möchte jemand dagegen stimmen? – Sich enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann haben wir so **einstimmig beschlossen**.

Punkt 5.5.5 ist der

Wirtschaftsplanentwurf 2007 der
Krankenhauszentralwäschereien des LVR

– Vorlage Nr. 12/2035/1 –

Empfehlender Beschluss des Landschaftsausschusses vom 23. März ist die Grundlage.

Wortmeldungen sind nicht gewünscht.

Keine Gegenstimmen – keine Enthaltungen. Dann ist so **einstimmig beschlossen**.

Schließlich zu **Punkt 5.5.6:**

Entwurf der Wirtschaftspläne 2007
der HPH-Netze Niederrhein, Mittel-
rhein-Ost und Mittelrhein-West

– Vorlage Nr. 12/2011/1 –

Grundlage der Entscheidung heute ist die Empfehlung des Landschaftsausschusses vom 23. März.

Wortmeldungen sind nicht gewünscht.

Gegenstimmen und Enthaltungen kann ich nicht feststellen. Damit ist **einstimmig** so **beschlossen**.

Tagesordnungspunkt 6 beinhaltet die

Eröffnungsbilanz des Landschafts-
verbandes Rheinland zum 01.01.2007
hier: vorläufiger Entwurf

– Vorlage Nr. 12/2203 –

Der Landschaftsausschuss hat die Vorlage in seiner Sitzung am 23.03. zur Kenntnis genommen und empfiehlt Ihnen, dasselbe zu tun.

Möchte jemand diese Vorlage nicht zur Kenntnis nehmen? – Möchte sich jemand enthalten? –

Das ist nicht der Fall. Dann haben wir sie **ein-**
stimmig so zur Kenntnis genommen.

Tagesordnungspunkt 7:

Fragen und Anfragen

Mir liegen keine Fragen oder Anfragen vor,
mündlich ebenfalls nicht.

Dann danke ich Ihnen, wünsche Ihnen schöne
Ostertage und schließe die Sitzung.

(Allgemeiner lebhafter Beifall)

(Schluss: 12.06 Uhr)